

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
42. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.3/2008 1,- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

Vor 40 Jahren: Neugründung der KPD/ML bzw KPD



Genosse Ernst Aust und Genosse Enver Hoxha - Wir danken der Partei der Arbeit Albaniens mit Enver Hoxha an der Spitze für ihre tatkräftige Unterstützung beim Wiederaufbau der KPD auf revolutionärer Grundlage!

Weitere Themen:

Ausschlußerklärung.....22
Opel Bochum - kein zweites Nokia!.....23
Antideutscher Anschlag in.....25

Das neue BKA-Gesetz.....26
Die Kapitalisten sollen die Krise bezahlen!.....27
Sommer 08: Streik auf Malta.....33

1968 - 2008: 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD

Parallel zur Entartung der SED lief die der KPD in der Bundesrepublik und der SEW in Westberlin. Ohne Zweifel war die Kommunistische Partei Deutschlands nach 1945 bis weit in die 50er Jahre hinein die revolutionäre Vorhutpartei des westdeutschen Proletariats. Auch nachdem ihre revisionistische Entartung nach 1956 zur Hauptseite wurde, behielt sie noch für längere Zeit ihren proletarischen Charakter.

Sofort nach dem XX. Parteitag der KPdSU, Anfang 1956, wurde der "friedliche Übergang" zum Sozialismus zur Generallinie erklärt und der Kampf an allen Fronten in pazifistische und reformistische Bahnen gelenkt. Die Lösung vom revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes wurde öffentlich als falsch zurückgenommen. Infolge ihres Legalismus traf die Partei das Verbot am 17. August 1956 trotz des langen Prozesses völlig unvorbereitet. Der Machtantritt des Revisionismus auch in der DDR verwandelte das enge Kampfbündnis von KPD und SED in ein Verhältnis der völligen politischen und materiellen Abhängigkeit und beschleunigte den Prozeß der revisionistischen Entartung der KPD.

Der XX. Parteitag der KPdSU hatte all jenen Kräften in der kommunistischen Bewegung Auftrieb gegeben, die noch schneller als ihr Herr und Meister Chruschtschow bereit waren, den Marxismus-Leninismus über Bord zu werfen. Das führte zu den bekannten Ereignissen in Polen und Ungarn. In der DDR war es die Harich-Gruppe, die auch in der KPD über nicht wenige Anhänger verfügte, die mit einer konterrevolutionären Plattform in Erscheinung trat, in der unter anderem die Auffassung vertreten wurde, daß der Sieg des Sozialismus in Westdeutschland nur auf friedlichem Wege und nur durch die SPD verwirklicht werden könne, daß die Thesen des Marxismus-Leninismus erweitert werden müßten durch die Erkenntnisse Troztkis, Bucharins und Kautskys.

Diese Positionen waren es, gegen die viele einfache Genossen der KPD den Kampf aufnahmen. Dabei aber übersahen sie infolge mangelnder ideologischer Reife, daß es ihre eigene Parteiführung war, die durch ihre revisionistischen Auffassungen den Boden für diese konterrevolutionäre Linie bereitet hatte. Außerdem führten sie einen harten Kampf gegen das mit dem Parteiverbot einsetzende Liquidatorentum. Zu Tausenden und Abertausenden verließen Mitglieder die Partei, zur Hauptsache, weil sie die Schwierigkeiten des illegalen Kampfes, die damit verbundenen Gefahren und Opfer scheuten. All jene Kleinbürger und Arbeiteraristokraten, die zur Zeit der Legalität in die Partei eingetreten waren, weil sie sich eine Karriere erhofft hatten, kehr-

ten ins bürgerliche Leben zurück.

Für die Verhältnisse in Westdeutschland/West-Berlin kamen erschwerend die Bedingungen der Illegalität hinzu, die verhinderten, daß die Genossen der Parteibasis überhaupt mit den Fakten und Hintergründen der Auseinandersetzungen zwischen Marxisten-Leninisten und den modernen Revisionisten in der internationalen kommunistischen Weltbewegung bekannt wurden. Um offen auftreten und öffentlich die ideologische Plattform und politische Linie der Chruschtschowrevisionisten anprangern zu können, mußten in erster Linie eine feste marxistisch-leninistische Überzeugung, gründliche Kenntnisse über den Verlauf der Dinge und große ideologisch-theoretische Fähigkeiten vorhanden sein, um die Ereignisse und Erscheinungen der Zeit wissenschaftlich analysieren und die Perspektive klar erkennen zu können.

Der Parteivorstand der KPD saß in Ostberlin. Er, wie auch die leitenden Genossen in Westdeutschland, waren ideologisch, politisch und finanziell völlig abhängig von der Parteiführung, dem Politbüro der SED, das ihnen Anweisungen erteilte. Die revisionistische Parteiführung benutzte die Illegalität als Vorwand, die Reste des demokratischen Zentralismus und der ideologischen Auseinandersetzung zu unterdrücken, Marxisten-Leninisten isoliert und ausgeschlossen. Jede Opposition wurde als Machenschaft des Verfassungsschutzes bezeichnet.

Impressum:

ROTER STERN
Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

* * *

Eigendruck im Selbstverlag

So entartete die KPD im Laufe der 60er Jahre immer mehr zu einer bürgerlichen Partei revisionistischen, sozialdemokratischen Typus. Sie beschränkte ihre Aktivitäten auf den Kampf um Reformen, gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen die Notstandsgesetze, für die Aufhebung des KPD-Verbotes und pazifistische Friedensumzüge wie die Ostermärsche. Konzentrierter Ausdruck ihres Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse, an der sozialistischen Revolution, war der im Februar 1968 vom ZK der KPD veröffentlichte Programmentwurf, der praktisch alle "Auslagestücke" des modernen Revisionismus von den sogenannten "Strukturreformen", des "Parlaments als Organ des Volkswillens" und den verräterischen Phrasen vom "friedlichen demokratischen (!) Weg", von der Erringung einer "fortschrittlichen, sozialistischen Mehrheit im Parlament" enthielt. Bereits in einer Sonderausgabe des "Freien Volks" (Zentralorgan der KPD) vom August 1966 zum zehnjährigen Parteiverbot hatte es in einer Reimann-Rede geheißen:

"Die Zeit ist gekommen... Die Arbeiterklasse muß den Monopolen und der Regierung eine eigene Wirtschaftspolitik entgegensetzen. Vollbeschäftigung, Währungsstabilität zu sichern, die Aufgaben der technischen Revolution zu meistern, das erfordert, die Alleinherrschaft der Monopole einzuschränken und den Gewerkschaften jede Unterstützung zu gewähren in ihrem Kampf um die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts."

So viele Sätze, so viel Lügen. Wie sollte denn die Arbeiterklasse den Monopolen und ihrer Regierung eine eigene Wirtschaftspolitik entgegensetzen, ohne sie zu zerschlagen, zu entmachten? Wie sichert man Vollbeschäftigung und Währungsstabilität, ohne den Kapitalismus zu Grabe zu tragen? Und was die Einschränkung der Alleinherrschaft der Monopole mittels der Mitbestimmung betrifft, so heißt das nichts anderes als: laßt uns ran an die Futterkrippen des Kapitals. Aber auch dort, wo die KPD noch vom Sozialismus sprach, wie im 1968er Programmentwurf, zeigte sich unverhüllt der Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. So hieß es:

"In einer sozialistischen Ordnung der Bundesrepublik wird das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem beruht ... Eine parlamentarische Minderheit, die die Verfassung und die vom Parlament beschlossenen Gesetze einhält, wird ihre Rechte wahrnehmen können."

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie honorierte dieses Wohlverhalten der KPD bereits ein halbes Jahr später durch ihre Parteizulassung unter dem Namen "Deutsche Kommunistische Partei", DKP. Neben der im Zuge der "neuen Ostpolitik" des westdeutschen Imperialismus von der Kreml-Führung gestellten Forderung auf Zulassung einer kommunistischen Partei und dem Streben, die eigene "demokratische" Fassade aufzupolieren, war für die Bourgeoisie maßgebend die Hoffnung, sich mit der DKP eine sich kommunistisch nennende Partei zu schaffen, die in der Lage sein würde, die zu erwartende wachsende Unzufriedenheit und revolutionäre Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in für sie ungefährliche Bahnen zu lenken. Die revisionistische KPD-Führung wurde bei ihren Absprachen mit dem Bonner Innenministerium davon überzeugt, daß die Neugründung der DKP für das westdeutsche Finanzkapital günstiger sei als die Wiederzulassung der inzwischen entarteten KPD, was die Revisionistenführer zunächst anstrebten. Denn so konnte das KPD-Verbot geschickt umgangen werden. Die Bourgeoisie brauchte dieses Gesetz auf die DKP nicht anzuwenden; sonst wäre klarer geworden, daß die DKP alle revolutionären Ziele der alten KPD, wie sie noch im Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands von 1952 enthalten waren, über Bord geworfen hatte. Die DKP war damit die erste sich kommunistisch nennende Partei, die ihre Existenz einer Absprache mit der Bourgeoisie verdankte - was klar ihre Rolle als deren Agentur im Lager der Arbeiterklasse beweist.

Die revisionistische Entartung von KPD und SED war mit ein Faktor dafür, daß dem westdeutschen Imperialismus seine relative Stabilisierung gelang. In der Zeit vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zu Mitte der 50er Jahre hatte sich Westdeutschland in quasi-kolonialer Abhängigkeit vom USA-Imperialismus befunden. Weil die USA an der Stärkung Westdeutschlands als Bollwerk und Aufmarschgebiet gegen die sozialistischen Länder interessiert waren, setzten sie durch, daß die westdeutschen Imperialisten nach und nach von allen Einschränkungen (zum Beispiel Entflechtung der Monopole, Verbot der Rüstungsindustrie etc.) befreit wurden. Die alten Monopolvereinigungen wurden nicht nur völlig wiederhergestellt, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals überstieg sogar die aus der Zeit des Faschismus. Die völlige Unterdrückung aller Nachrichten über das wirkliche Wesen der Auseinandersetzungen in

der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ab dem Jahre 1960 erschwerte den Genossen der KPD die Aufnahme des Kampfes gegen den Verrat der Parteiführung. Erst ab dem Jahre 1963, als es anlässlich des Parteitages der SED, auf dem auch eine Delegation der KPD anwesend war, zu offenen Angriffen auf den chinesischen Vertreter kam, traten auch in der KPD vereinzelt Genossen gegen den revisionistischen Kurs der Parteiführung auf. Sie wurden schnell isoliert. Erst mit dem Erscheinen albanischer und chinesischer Schriften in deutscher Sprache ab 1963, die über die Differenzen und den Kampf gegen den modernen Revisionismus berichteten, vor allem der "Polemik über die Generallinie" im Jahre 1963, deren Verbreitung vereinzelte Gruppen - vor allem aber die österreichischen Marxisten-Leninisten direkt oder über Sympathisanten - in Westdeutschland übernahmen änderte sich die Lage. Es entstanden unabhängig voneinander außerhalb der Partei kleine Gruppen, die aber keinen Versuch unternahmen, miteinander in Verbindung zu treten oder die marxistisch-leninistische Partei wieder aufzubauen.

In dieser Situation war es die Gruppe der Hamburger Marxisten-Leninisten, die auf Initiative des Genossen Ernst Aust im Juli 1967 die erste Nummer des "Roten Morgens" herausgab mit dem Ziel, eine überregionale Zeitung zu schaffen, die als kollektiver Propagandist, Agitator und nicht zuletzt Organisator sich die Aufgabe stellte, im Kampf gegen den modernen Revisionismus eine neue gemeinsame Plattform aller damaligen marxistisch-leninistischen Kräfte zu schaffen.

Die Versuche der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen dadurch zu unterdrücken, daß sie sie auf die Dauer ihrer revolutionären Vorhut, der marxistisch-leninistischen Partei, beraubte, scheiterten.

Im unversöhnlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus und andere Strömungen des Opportunismus gründete sich um die Jahreswende 1968/69 in Hamburg für Deutschland die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die KPD/ML, um das Banner der revolutionären Arbeiterbewegung aus dem Staub zu reißen,

in den es die modernen Revisionisten getreten hatten.

Anlaß für diesen Schritt des öffentlichen Auftretens - hatte man doch vorher schon innerhalb der Partei versucht, den Kampf zu führen - war unter anderem eine Broschüre der albanischen Genossen "Die von Breschnew vorgeschlagene Beratung der 'Kommunistischen Parteien' - ein weiteres Komplott der chruschtschowschen Revisionisten gegen den Marxismus-Leninismus und die Revolution", die 1967 erschien. Darin hieß es unter anderem:

"Jetzt ist es an der Zeit, eine klare Demarkationslinie mit den modernen Revisionisten aller Schattierungen zu ziehen. Es gibt keine einzige Hoffnung mehr, daß die revisionistischen Verräter auf

den richtigen Weg zurückkehren ...

Unsere Partei hat öffentlich erklärt, daß heute auf der Tagesordnung als aktuelles Problem nicht die Versöhnung und die Einheit mit den Revisionisten, sondern die Loslösung und endgültige Trennung von ihnen steht."

In diesem Sinne hieß es in der Ausgabe Nr. 1 des "Roten Morgens" unter der Überschrift "Erklärung der Marxisten-Leninisten der Kommunistischen Partei Deutschlands": "Angesichts des 50. Jahres der großen Sozialistischen Oktoberrevolution, angesichts der ruhmreichen

Verdienste Lenins um die Befreiung der Menschheit, angesichts unserer Liebe zum Sowjetvolk, verurteilen wir aufs schärfste den schamlosen, ungeheuerlichen Verrat, den die Kossygin-Breschnew-Clique an den Völkern der Sowjetunion, an dem gesamten internationalen Proletariat und den um ihre Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus kämpfenden Völkern der Welt, begeht."

Der "Rote Morgen" erschien zunächst illegal, als Zeitschrift der KPD Marxisten-Leninisten, also innerhalb der Partei. Natürlich konnte er so seine Rolle als kollektiver Organisator nur beschränkt erfüllen. Es kam zu einem Beschluß, den Bruch mit der Partei offen zu vollziehen und ab November 1967 den "Roten Morgen" unter der Verantwortung des Genossen Ernst Aust legal erscheinen zu lassen. Bis zur Gründung der Partei hieß der "Rote Morgen" dann "Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift".





Im Lokal "Ellerreihe" fand der Gründungsparteitag der KPD/ML statt.

Am 31. Dezember 1968, am 50. Jahrestag der Gründung der KPD durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, trafen sich 33 ordentliche und Gastdelegierte zum Gründungsparteitag in Hamburg. Sie verabschiedeten Statut, die Gründungserklärung und wählten das erste Zentralkomitee. Damit hatte die deutsche Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin wieder ihre revolutionäre, kommunistische Vorhutpartei, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die KPD/ML. Der "Rote Morgen", der seine Auflage von Juli 1967 von 400 auf 1.000 zum Zeitpunkt der Gründung steigern konnte, wurde das Zentralorgan der Partei.

Die Gründung der KPD/ML war ein Ereignis von großer Bedeutung. Damit wurde die historisch notwendige Konsequenz aus der revisionistischen Entartung von KPD/DKP gezogen, wurde eine neue Etappe der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland eingeleitet. Die Gründung der KPD/ML war ein entscheidender Schritt vorwärts auf dem Weg zur Revolution, ein wichtiger Schlag gegen das kapitalistische System, gegen den modernen Revisionismus, den Trotzkismus und alle anderen bürgerlichen Strömungen in der gesamten revolutionären Bewegung unseres Landes.

Im Gegensatz zur KPD von 1918 besaß die KPD/ML bei ihrer Gründung zwar revolutionäre, aber doch relativ noch unerfahrene proletarische Kader. Sie waren es, die darauf drangen - um klar den Charakter der KPD/ML als einer marxistisch-leninistischen Partei zu bestimmen -, daß in der

Gründungsnummer des "Roten Morgens" als verbindliche Richtlinie die stalinischen "12 Bedingungen für die Entwicklung der KPD zur Partei neuen Typus" aufgenommen wurden. **Als negativ in der Folge wirkte sich vor allem aber nach der Parteigründung der Zustrom ungefestigter, kleinbürgerliche Genossen aus der Studentenbewegung aus.**

Sofort nach Gründung der Ortsgruppen bzw. Parteizellen der KPD/ML beginnen die Genossen anhand von Werken wie "Was tun?", "Über die Grundlagen des Leninismus", "Staat und Revolution" u. a. m. die Schulung. Der ideologische und politische Kampf gegen den modernen Revisionismus wird mit unverminderter Schärfe fortgesetzt, gleichzeitig aber werden die Genossen zur Anwendung der Taktik der Einheitsfront von unten aufgerufen und ihnen erklärt: "Was wir also tun müssen in der täglichen Arbeit, im Betrieb, ist, uns eng mit den Genossen der DKP/KPD im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Monopolbourgeoisie, verbünden, ihnen aber gleichzeitig in geduldiger, sachlicher Diskussion den Verrat ihrer revisionistischen Führung erklären. Einigermassen sinnlos ist es, sich mit bezahlten Funktionären der DKP/KPD in Diskussionen einzulassen. Für sie gilt in der Regel der Grundsatz 'Wes Brot ich esse, dessen Lied ich singe' ... Also niemals vergessen: Unsere Hauptfeinde sind der USA-Imperialismus, der Sowjetrevisionismus und die mit ihnen verbündete westdeutsche Monopolbourgeoisie, die ostdeutsche Ulbricht-Clique ... aber nicht die DKP/KPD-Genossen in unserem Betrieb, in unserem Haus."

Im Verlauf der nächsten Monate schreitet der Aufbau der KPD/ML auf Bundesebene weiter voran. Im Februar und März werden die Ortsgruppen Hannover und Mannheim gegründet, in Westberlin erscheint die erste Ausgabe der marxistisch-leninistischen Jugendzeitschrift "Rote Garde". In Hamburg gibt die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML, eine Grundsatzerklärung heraus. Am 12. April konstituiert sich die Ortsgruppe München, es folgen Worms und Göttingen. Erstmals zum "Ostermarsch" und später zum 1. Mai tritt die KPD/ML mit Flugblattaktionen und Demonstrationen in mehreren Städten in Erscheinung. In Aktionseinheit mit der außerparlamentarischen Opposition gelingt es, dem Klassegegner und den Revisionisten empfindliche Schläge zu versetzen. Inzwischen erscheint auch das erste theoretische Organ der Partei unter dem Namen

"Revolutionärer Weg".

Im September 1969 kommt es in der stahlschaffenden Industrie wie auch im Bergbau zu der umfassendsten Streikbewegung seit dem Jahre 1963. Ausgehend von den Betrieben im Ruhrgebiet legen die Kollegen spontan und gegen den Willen der Gewerkschaftsböden die Arbeit nieder. Schnell dehnt sich der Streik über das halbe Bundesgebiet, Bremen, Niedersachsen, das Saarland, Baden-Württemberg und Bayern aus. Nach dem Vorbild ihrer französischen Klassenbrüder in den Mai/Juni-Unruhen im Jahre zuvor stürmen vor allem die jüngeren Arbeiter die Büros und besetzen strategisch wichtige Punkte wie Telefonzentralen, Verwaltungsgebäude etc. Damit haben die Arbeiter all jenen bürgerlichen Ideologen wie Marcuse, Habermas und anderen, die behauptet hatten, die westdeutsche Arbeiterklasse sei völlig verbürgerlicht, eine entschiedene Abfuhr erteilt.

In der zweiten Jahreshälfte verstärken Landesverbände und Ortsgruppen ihre Aktivitäten, nutzen sie die Bundestagswahlen, um in verschiedener Weise das Wesen des kapitalistischen Staates zu entlarven, versuchen sie die Solidarität mit den Streikenden zu organisieren, entfalten sie, wie in Mannheim, Initiativen gegen Umweltverschmutzung und Giftgaslagerung. Gleichzeitig richtet die Partei ihre praktische Arbeit verstärkt auf die Betriebe aus, mit dem Ziel, den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren. Sie entlarvt die reaktionäre Rolle der DGB-Führung, fordert aber gleichzeitig ihre Mitglieder auf, in den Gewerkschaften zu arbeiten: "Unsere Aufgabe muß sein, den Arbeitern zu helfen, sich zu organisieren, den ökonomischen Kampf der Arbeiter in einen bewußt geführten Klassenkampf zu verwandeln." Bis Ende des Jahres haben sich die Landesverbände Wasserkante, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Westberlin, Südwest und Bayern konstituiert, so daß die Partei auf nationaler Ebene (außer in der DDR) organisiert ist.

Mit dem Ausklang der von allerlei bürgerlichen und stark antiautoritären Tendenzen geprägten revolutionären Studentenbewegung setzt ein Trend zu einer verstärkten Zirkelbildung ein. Während der Großteil der Studenten sich ins bürgerliche Lager zurückzieht, ein anderer Teil - von den modernen Revisionisten stark hofiert - sich diesen anschließt, wird bei einem kleineren Teil, stark geprägt durch den Einfluß Chinas, der Marxismus-Leninismus zu einer Art Modebewegung. Typisch für diese und noch folgende Zirkelgründungen ist,

daß sie nicht etwa im Kampf gegen den modernen Revisionismus, sondern gegen die KPD/ML entstehen; ist, daß sie zwar ein Lippenbekenntnis zur Notwendigkeit einer kommunistischen Partei, zur Hegemonie des Proletariats ablegen, in Wirklichkeit aber nichts anderes bezwecken, als daß sich die Arbeiterklasse ihrer kleinbürgerlichen, intellektualistischen Führung unterwirft.

Aber auch in der Partei selbst kommt es Anfang des Jahres in einem Landesverband zu von intellektuellen Genossen prinzipienlos überspitzten Auseinandersetzungen. Einerseits gibt es die Tendenz zur Spontaneität, zum Ökonomismus, zur Herabminderung der Rolle der revolutionären Theorie, zur Paktierpolitik gegenüber den modernen Revisionisten der DKP, andererseits aber kommt es in einem Artikel der Januar/Februar-Ausgabe des "Roten Morgen" zu einer Überbewertung der Rolle der revolutionären Intelligenz beim Parteaufbau, zu einem Angriff auf die führende Rolle der Arbeiterklasse. Dieser Angriff wird in der folgenden "Plattform des ZK der KPD/ML" zwar zurückgewiesen, jedoch nicht klar und unmißverständlich, so daß die später auftretenden Liquidatoren sich bei ihrem Angriff auf die Partei mit der Formel "Vereinigung der Vorhut des Proletariats mit den besten Kräften der Studentenbewegung", die tatsächlich die Hegemonie des Proletariats zu beseitigen sucht, darauf zu berufen versuchen.

Doch ungeachtet der Spaltertätigkeit, die zum vorübergehenden Entstehen einer durch ein Zentralbüro geleiteten Abspaltung von der Partei führt, wächst die Partei, erweitert sich ihr Einfluß. Gleichzeitig zieht sie sich aber auch den Haß des Klassegegners und seiner Lakaien zu. Moderne Revisionisten, DKPler und SDAJler, überfallen Flugblattverteiler der Partei und inszenieren Schlägereien bei Demonstrationen. Am 12.2.1970 dringen Polizisten, mit Maschinenpistolen im Anschlag, ohne Hausdurchsuchungsbefehl, in die Räume der Roten Garde, der Jugendorganisation der Partei in München ein. Am 6.3. wiederholt sich der Überfall. 17 zivile und 25 uniformierte Beamte brechen mit Brachialgewalt die Tür zu den Versammlungsräumen der Roten Garde auf und verwandeln diese in ein Chaos. Selbst sämtliche Wohnungen völlig unbeteiligter Leute im gleichen Haus werden durchsucht.

In einem Grundsatzartikel seiner Februar-Ausgabe weist der "Rote Morgen" schärfstens die Angriffe der modernen Revisionisten und der diversen Zir-

kel auf den Genossen Josef Wissarionowitsch Stalin zurück. In Westberlin führt die Partei in vorbildlicher Weise eine Kampagne gegen die geplante Schließung des Bethanien-Krankenhauses durch. Es werden Forderungen aufgestellt und ein Protestmarsch am 14.3. vom Bethanien-Krankenhaus zum Kreuzberger Rathaus organisiert, an dem rund 700 Menschen teilnehmen. Zum ersten Mai ruft die Partei erstmals unter der Losung "Kämpfen wir für die Einheit der Arbeiterklasse - Bauen wir eine starke Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten!" zu eigenen Demonstrationen und Kundgebungen auf, an denen sich viele tausend Genossen und Rotgardisten im Bundesgebiet und Westberlin beteiligen.

Die Betriebszeitung der Partei bei Opel in Bochum, die "Zündkerze", griff mit der Forderung "15 Prozent = 1 Mark" in die Streikkämpfe ein, informierte die Kollegen über den Streikverlauf und entlarvte die Abwiegelei der DKP und den Verrat der Gewerkschaftsbonzen an den Forderungen der Kollegen.

In der September-Ausgabe des "Roten Morgen" nimmt die Partei unter der Überschrift "Bonn und Moskau verschachern die Interessen des deutschen Volkes" Stellung zu dem am 12.8. 1970 von Brandt und Kossygin im Kreml unterzeichneten, sogenannten Gewaltverzichtsabkommen. Dieses Abkommen ist nichts anderes als ein "gegen die Freiheit der Völker Europas gerichtetes Komplott zweier imperialistischer Großmächte, (...) eine zynische Verhöhnung der Souveränitätsrechte der Bevölkerung der DDR und ein Angriff auf das grundlegende Interesse der deutschen Arbeiterklasse: die soziale und nationale Befreiung Deutschlands."

Durch die von der sozialdemokratischen Regierung durchgeführte sogenannte neue Ostpolitik versucht der westdeutsche Imperialismus, seine alte, revanchistische Politik den neuen weltpolitischen Bedingungen anzupassen, wobei er durch den russischen Sozialimperialismus eine bedeutende politische Aufwertung erhält, ohne daß die Forderungen der Völker Europas, die gegen die Hitler-Aggression gekämpft hatten, erfüllt worden wären. Der westdeutsche Imperialismus hofft durch Ausweitung des Osthandels und Kapital-export nach Osteuropa, nicht nur Riesenprofite zu machen, sondern auch seinen Einfluß zu verstärken und sich neue Rohstoffquellen zu erschließen. Dabei kommen ihm die russischen Sozialimperialisten scheinbar entgegen, wobei sie in Wirklich-

keit hoffen, die Widersprüche zwischen westdeutschen Imperialisten und USA-Imperialismus zu verstärken, um sich günstigere Bedingungen für ein weiteres Eindringen in Westeuropa zu schaffen.

Am 25. Oktober kommt es in Frankfurt zur ersten gemeinsamen, von rund 1.000 deutschen und spanischen Arbeitern durchgeführten Demonstration gegen den von der Franco-Regierung geplanten Mord an sechs baskischen Werktätigen, die von der Ortsgruppe der KPD/ML und den Genossen der Partido Comunista de España (Marxista-Leninista), unserer spanischen Bruderpartei PCE/ML, gemeinsam organisiert wird. Innerhalb der nächsten Monate folgen noch viele gemeinsame Demonstrationen gegen den Burgos-Prozeß. Im November verabschieden die Partei und die marxistisch-leninistische Organisation des Irans, Toufan, eine gemeinsame Erklärung; gegen Ende des Jahres findet in Vorbereitung eines geplanten außerordentlichen Parteitages eine zentrale Betriebsarbeiterkonferenz der Partei statt; der "Rote Morgen" entlarvt die Bestechung, den Kauf von Bundestagsabgeordneten, wie dem Abgeordneten Geldner, der für 400.000 DM gehandelt wurde.

Am 14. Dezember kommt es in Polens Hafenstädten zu einem machtvollen Streik der Hafen- und Werftarbeiter, der in einen Aufstand übergeht. Die revisionistische Gomulka-Regierung stellt den Norden des Landes unter Ausnahmerecht. Eine große Anzahl von Arbeitern wird ermordet, Hunderte werden schwer verletzt. Doch die Regierung, muß nach außen hin nachgeben. Gomulka wird abgesetzt und ein neuer Mann, Giersek, an die Front geschickt.

Die Partei verstärkt ihre Arbeit in den Betrieben. Neue Betriebszeitungen wie "Der Röhrenkieker" bei Mannesmann, der "Hammer" bei DEMAG erscheinen, der "Rote Morgen" bringt zum ersten Mai seine ständige Seite "Aus Betrieb und Gewerkschaft", die Zahl der Arbeiterkorrespondenzen wie "Sieben Tote bei Blohm & Voss", "Streik bei der Duisburger Kupferhütte", "Ford ist Mord", "Kurzarbeit bei Siemens" u. a. m. wächst ständig. Das ZK der KPD/ML bringt Ende März 1971 in einer Neuauflage die Werke J. W. Stalins in 13 Bänden heraus. Ebenfalls im März wendet sich die Partei in dem Artikel "Genscher auf den Spuren Görings" gegen den Versuch des Bonner Innenministeriums, im Verein mit der Springer-Journaille unter dem Vorwand der Bekämpfung der "Baader-Meinhof-Gruppe" eine Pogromstimmung

gegen Westdeutschlands Linke zu erzeugen, eine Hexenjagd auf sogenannte Linksextremisten in Szene zu setzen. Klar distanziert sich die Partei - ohne die revolutionäre Gewalt prinzipiell abzulehnen - vom Terrorismus der Baader-Meinhof-Gruppe und wirft ihr, wie bereits im "Roten Morgen" Nr. 8/1970 in dem Artikel "Ökonomismus und Terrorismus", vor, die Spontaneität zu vergöttern, nämlich die des Protestes bestimmter Gruppen des Kleinbürgertums; eines blinden Protestes gegen das Kapital und seinen Staat, der sich in vom Kampf der Arbeiterklasse losgelöster Militanz äußert.

Doch nicht nur bei der Verankerung, beim Kampf in den Betrieben macht die Partei Fortschritte, auch im Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen wie in Dortmund und Göttingen tritt sie mit der Roten Garde entschieden für die Interessen der Werktätigen ein, führt sie durch Besetzung der Straßenbahnschienen u. ä. den Kampf über den Rahmen der bürgerlichen Legalität hinaus. In der April-Ausgabe des "Roten Morgen" nimmt die Partei anlässlich der Demonstration von 100.000 Bauern aus sechs EWG-Ländern in Brüssel unter der Überschrift "Bauern schaffen, Banken raffen" grundsätzlich zur Lage der Bauern in der Bundesrepublik Stellung. Sie stellt fest, daß die werktätigen, die Klein- und Mittelbauern, trotz hoher Industrialisierung der Bundesrepublik der engste Bündnispartner der Arbeiterklasse sind. Die Partei führt als ihr verbindliches Symbol den Hammer für die Arbeiterklasse, die Sichel für die werktätigen Bauern und das Gewehr als Ausdruck dafür, daß es keinen friedlichen Übergang zum Sozialismus gibt, daß es die Pflicht des Proletariats ist, sich selbst zu bewaffnen, ein.

In einem Extrablatt mit einer Auflage von über 200.000 Exemplaren ruft die Partei unter der Losung: "Gegen das Kapital und seine SPD-Regierung die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse! - Nieder mit dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus! - Stärken wir die Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten - Für ein einiges, freies, unabhängiges und sozialistisches Deutschland!" zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse auf.

Der Putsch der Militärjunta in Chile am 12. September, der Sturz der Volksfrontregierung unter Präsident Allende, der sofort einsetzende faschistische Terror rufen in aller Welt Abscheu und Empörung hervor. Die Partei wendet sich entschieden gegen diesen vom US-Imperialismus, vom CIA

und dem ITT-Konzern von langer Hand vorbereiteten Anschlag gegen das chilenische Volk und ruft zur Solidarität mit den kämpfenden chilenischen Volksmassen auf. Sie entlarvt aber auch gleichzeitig die Heuchelei der modernen Revisio-nisten, für die Chile ein Musterbeispiel ihres sogenannten friedlichen Übergangs zum Sozialismus war, eines Übergangs, der infolge der Nichtbewaffnung der Volksmassen gegen das reaktionäre Militär zum Blutbad, zum sinnlosen Tod vieler fortschrittlicher und revolutionärer Werktätiger führte.

Anfang des Jahres 1974 tritt die Partei mit eigenen Kandidaten zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 3. März auf. Damit steht zum ersten Mal seit 20 Jahren auch wieder eine kommunistische Partei, die KPD/ML, zur Wahl. In einem Wahlextrablatt wendet sich die Partei gegen Lohnraub und Unterdrückung, Krise und Krieg und fordert die Werktätigen zum gemeinsamen Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland auf. Die Bourgeoisie versucht von vornherein, die Beteiligung der KPD/ML an der Hamburger Bürgerschaftswahl zu torpedieren. Die DKP-Revisio-nisten verlangen von der Wahlleitung den Ausschluß unserer Partei von den Wahlen. Von Anfang an wird unsere Wahlagitation und -propaganda behindert. Die Agitproptrupps der Partei werden ständig von der Polizei verfolgt und mehrmals bei ihrer Propaganda behindert. Mit Maschinenpistolen rückt Polizei an, als Genossen Plakate unserer Partei aufstellen. Ein anderer Genosse wird beim Plakatekleben verhaftet und eine Nacht, in Handschellen gefesselt, festgehalten. Die Polizei versucht zwei Kandidaten unserer Partei zusammenzuschlagen und zu verhaften, sie werden von der Bevölkerung geschützt. Der NDR versucht erfolglos, eine Wahlsendung der Partei im Radio und Fernsehen zu verhindern. Am Tag vor der Wahl demonstrieren 800 Menschen mit der Partei. 3.000 Hamburger wählen die KPD/ML.

Am 5. Juni 1974 findet in Duisburg ein Arbeitsgerichtsprozeß statt. Verhandelt wird die Klage des entlassenen Mannesmann-Arbeiters Hanfried Brenner, Mitglied der KPD/ML, gegen die Mannesmann-Hüttenwerke AG. Als der Genosse Hanfried die Rolle des Arbeitsgerichts entlarvt, stürzen sich Polizisten auf die Zuschauer und schlagen auf sie ein. Sie fallen auch über den Genossen Günter Routhier her, einen 45 Jahre alten Familienvater. Schläge prasseln, er stürzt zwischen die Stuhlreihen, sie reißen ihn hoch, wieder

schlagen sie auf ihn ein. Sie stoßen ihn die Treppe hinunter. Der Kopf schlägt auf die Stufen, er verliert die Besinnung. Erneute Mißhandlungen im Polizeipräsidium: an den Füßen gepackt wird er eine Treppe hoch geschleift, wieder schlägt der Kopf auf die Stufen. Günter Routhier - der Bluter ist, was die Polizei wußte - überlebt diese Mißhandlungen nur wenige Tage. Seine letzten Worte: "Wenn ich diese Verletzungen überlebe, dann will ich noch besser mit der Partei kämpfen. - Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!"

Und die Partei sagt die Wahrheit. Doch die herrschende Klasse fürchtet die Wahrheit. Siebenmal wird in der Folge der "Rote Morgen" beschlagnahmt. Am 24. Juni sammeln sich in Duisburg 5.000 Genossen und Freunde, um dem Genossen Günter Routhier die letzte Ehre zu erweisen, um ihn in einem Trauerzug schweigend zu Grabe zu tragen. Doch das Unfaßbare, das Unglaubliche geschieht. Der Haß der herrschenden Klasse, der Kapitalisten, auf diesen Kämpfer der Arbeiterklasse, auf seine Partei, die KPD/ML, macht selbst vor dem Tod des Genossen nicht halt. Was selbst die faschistischen Machthaber von Staaten wie Chile nicht wagen, hier geschieht es: die kapitalistischen Bürgerkriegstruppen knüppeln den Trauerzug zu Ehren des Toten zusammen.

In den Gefängnissen Westdeutschlands und Westberlins kommt es derweil zu einem unbefristeten Hungerstreik der Gefangenen der "Roten Armee Fraktion", mit dem sie sich gegen "Isolationsfolter" und terroristische Haftbedingungen wenden, die darauf abzielen, sie seelisch und körperlich zugrunde zu richten. Die Partei unterstützt diesen Kampf gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, setzt sich aber gleichzeitig in einem Artikel "Die RAF mußte scheitern!" mit den kleinbürgerlichen, elitären, massenfeindlichen, putschistischen, teils offen konterrevolutionären Anschauungen dieser Gruppe auseinander, wobei sie differenziert zwischen den korrekten antiimperialistischen Aktionen von Heidelberg/Frankfurt und der anderen, rein terroristischen Tätigkeit. Als Mitte November der Genosse Holger Meins, der wegen der antiimperialistischen Aktionen von Heidelberg/Frankfurt verhaftet wurde, im Gefängnis stirbt, beteiligt sich die Partei unter Losungen wie "Weg mit Isolationsfolter und Vernichtungshaft!", "Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen!", "Freiheit für alle politischen Gefangenen!" am Trauermarsch zu seiner

Beerdigung und legt an seinem Grab einen Kranz nieder.

Immer öfter werden jetzt auch Lehrer, Sympathisanten oder auch Mitglieder der Partei, von Berufsverboten betroffen, so unter anderem der Referendar Jürgen Paulick. Als der Landesschulrat Neckel mit Polizei auf dem Hof der Hamburger Schule Bornheide anrückt, um ihn gewaltsam zu holen, lassen es die Schüler erst gar nicht soweit kommen. Sie verhöhnen ihn laut, schließen einen festen Ring um ihren Referendar und zeigen ihm den nächsten Fluchtweg. Von da ab gleicht die Hauptschule der Arbeiterneubausiedlung einer Festung. Drei bis vier Polizeiwagen postieren einsatzbereit am Schultor, an die zwanzig Zivilbeamte schleichen ständig durch die Flure, um zu verhindern, daß Referendar Paulick die Schule betritt. Am 7.6. wird dem kommunistischen Hauptschullehrer Stephan Jensen mitgeteilt, daß er nicht mehr weiter unterrichten und seine Schule in Hamburg, Kielkoppelstraße, nicht mehr betreten darf. Als das Hausverbot für ihren Lehrer bekannt wird, beschließen die Schüler, trotz rigoroser Einschüchterungsmaßnahmen von Seiten der Schulleitung, den Streik. Auch in Duisburg geht man gegen eine Lehrerin an der Droste-Hülshoff-Schule vor, weil sie ihre Schüler sachlich über die Vorgänge anläßlich des Todes von Günter Routhier unterrichtet. In Reutlingen wird ein Lehrerehepaar wegen seiner Teilnahme am Trauermarsch anläßlich des Todes von Günter Routhier, trotz heftiger Proteste der Eltern der Schüler, entlassen. An der Gesamtschule Mummelmannsberg in Hamburg wird der Lehrer Dieter Kwohl entlassen, weil er für die KPD/ML Plakate zum 1. Mai geklebt haben soll. Gegen diesen Akt der politischen Unterdrückung solidarisieren sich die Schüler mit ihrem Lehrer. Plakate werden gemalt, Flugblätter verteilt, ein Demonstrationszug gebildet.

Doch nicht nur kommunistische Lehrer erhalten Berufsverbot, in die Hunderte, in die Tausende gehen die Entlassungen von Arbeitern und Angestellten aus politischen Gründen. Dabei hat es die Bourgeoisie besonders auf Mitglieder bzw. Sympathisanten der Partei abgesehen. Ein Musterbeispiel, stellvertretend für viele, ist die Entlassung von Thomas Scheffer, Landesvorsitzender der KPD/ML in Westberlin, durch die AEG-Kapitalisten. In der Berufungsverhandlung vor dem Westberliner Arbeitsgericht am 7.11., das wie inzwischen üblich von Polizeitruppen in voller Kampfausrüstung zur Einschüchterung der Arbeiter und

Zuhörer besetzt ist, erklärt das Gericht in seinem Urteil: Thomas Scheffer sei zu Recht entlassen, da er die "freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland" mit Waffengewalt stürzen wolle und dies auch in den Betriebszeitungen der KPD/ML, für die er verantwortlich zeichne, offen kundtue. - Dieses Grundsatzurteil eines Westberliner Arbeitsgerichts bedeutet nichts anderes als das Arbeitsverbot für Kommunisten. Nichts entlarvt deutlicher als dieses Urteil, daß diese sogenannte freiheitlich-demokratische Ordnung in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Diktatur der herrschenden kapitalistischen Klasse über die Werktätigen.

Die Verfolgungen der Genossen der Partei gehen auch zum Jahresende weiter. Im Zusammenhang mit den Prozessen zum Münchener Roten Antikriegstag wird Klaus Kercher, der gerade seine Tätigkeit als Lehrer aufnehmen will, verhaftet und in Handschellen dem Gericht in München vorgeführt. Im Kölner Antifaschistenprozeß - sieben Antifaschisten und Genossen stehen vor Gericht, weil sie zweimal die Faschisten der NPD aus Köln-Nippes vertrieben hatten - wütet der berüchtigte Richter Somoskeoy, der bereits im Prozeß gegen Beate Klarsfeld die Polizei auf französische Widerstandskämpfer hetzte, und verhängt in den beiden ersten Prozeßtagen insgesamt 51 Tage Ordnungsstrafe für die Zuschauer. In München werden die Genossen Heinz Baron und Klaus Kercher in der Berufungsverhandlung in einem Terrorurteil zu je 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Am 21. und 22. November stehen in Hamburg infolge einer Anzeige der Präsidentin des Bundestages, Frau Renger, der Verleger und Genosse Ernst Aust als verantwortlicher Redakteur des "Roten Morgens" vor Gericht, weil sie das bürgerliche Parlament als eine Schwatzbude bezeichnet hatten, die nichts anderes verdient, als im revolutionären Kampf der Massen auseinandergejagt zu werden. In Hamburg werden anläßlich der Beerdigung Holger Meins insgesamt zehn Genossen festgenommen. Am Morgen des 29. 11. erfolgt auf das Parteibüro in Westberlin ein bewaffneter Überfall. Drei Kugeln durchschlagen Rolläden und Fensterscheiben.

Am 26. 1. 1975 wird in Dortmund die "Rote Hilfe Deutschlands" für Westdeutschland und Westberlin gegründet. Die Partei begrüßt die erfolgreiche Gründung, die an die ruhmreiche Tradition der 1924 gegründeten RHD anknüpft, als einen wichtigen Sieg im Kampf gegen die politische Unter-

drückung. Nach einer Demonstration durch Hamburg-Harburg, an der 600 Menschen teilnehmen, findet dort am 22. 3. die Gründungsveranstaltung der Roten Hilfe Deutschlands statt. Auf der Veranstaltung sprechen neben dem Genossen Ernst Aust, der Stellung nimmt zum Charakter der RHD als einer breiten Massenorganisation mit dem Ziel der Schaffung einer breiten Front der Solidarität mit politisch verfolgten Kollegen und Genossen, die Genossen Bernd Reiser, Mitglied der Zentralen Leitung der RHD, und Michael Bannos, ehemaliger Presseverantwortlicher.

1978 wurde die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) gegründet

Die RGO entstand im Kampf

In der bekannten gelben Broschüre „Was will die RGO?“ wurden ihre grundlegenden Ziele und Forderungen erstmals zusammengefaßt und breit veröffentlicht. Über 100.000 Exemplare davon sind vor und in den

Betrieben, bei Streikversammlungen und Gewerkschaftskundgebungen verkauft und an interessierte Kollegen

verteilt worden. Später sogar in türkischer Sprache. Aber solange war die RGO noch keine wirkliche Kraft in den Betrieben. Heute aber ist sie das. Heute greift sie schon in vielen Betrieben in die Kämpfe der Arbeiter und kleinen Angestellten ein. Heute treibt sie die Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen nicht nur in Worten, sondern auch in Taten erfolgreich voran. Beim Hafenarbeiterstreik, beim Kampf der Druckereiarbeiter und beim Streik der Metaller in Nordbaden/Nordwürttemberg standen RGO-Kollegen mit an der Spitze der Streikenden, traten sie entschlossen für die Festigung der Streikfront ein. Die ersten eigenen Flugblätter der RGO erschienen in diesen Kämpfen. Erstmals schlossen sich kämpferische Kollegen zu festen RGO-Gruppen zusammen. So im Hamburger Hafen, in der Druckereibranche in Hamburg usw.

Die RGO als Organisation wurde so im Kampf geboren und wuchs in den Kämpfen schnell heran. Ein wichtiger Schritt für den weiteren Aufbau der RGO war die Herausgabe der „RGO-Nachrichten“. Im Frühjahr 1975 laufen die Betriebsratswahlen in Westdeutschland. Die Partei ruft dazu auf, eigene Listen zu schaffen, „Rote Betriebsräte“ zu wählen, also Kollegen, die gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, den reaktionären DGB-Apparat sind und kämpfen, die gegen die Entlassungen aus

politischen und anderen Gründen kämpfen, sich für die gleichen Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter einsetzen und einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und jenen ziehen, die die Interessen der Arbeiter verraten. In Nordrhein-Westfalen beschließt die Partei, sich an den am 4. Mai stattfindenden Landtagswahlen mit der Aufstellung eigener Kandidaten zu beteiligen. Mit allen Tricks versuchen reaktionäre Betriebsräte wie bei Mannesmann, die Aufstellung Roter Listen zu den Betriebsratswahlen zu verhindern, und wenn sie selbst sage und schreibe 13 eigene Listen aufstellen mußten, um die Kollegen völlig zu verwirren. "Der Röhrenkieker", die Betriebszeitung der KPD/ML, deckt dieses ganze widerwärtige Gerangel um Betriebsratspötschen auf und fordert eine außerordentliche Belegschaftsversammlung, wo alle Listen klar Stellung beziehen sollen, um sie so vor versammelter Mannschaft zu entlarven.

Die ROTE GARDE

Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution!



Zum ersten Mal im April 1975 erscheint die - von da ab monatlich herausgegebene - "Rote-Garde"-Zeitung mit der Hauptüberschrift: "Was wollen wir jungen Kommunisten?" Zum 1. Mai entbietet das Zentralkomitee der Partei in einem Extrablatt allen Kolleginnen und Kollegen seine revolutionären Kampfesgrüße und ruft sie zum gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung, gegen den Kapitalismus und seine Handlanger auf. Während der Kommunistische Studentenbund/Marxisten-Leninisten, der KSB/ML, an den Hochschulen - besonders in Würzburg, Kiel und Westberlin - gegen das Büchertischverbot kämpft, mit dem der Verkauf marxistisch-leninistischer Literatur verhindert werden soll, kommt es in Heidelberg und später auch in Frankfurt, Köln und Stuttgart zu militanten Kämpfen großer Teile der Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhungen für Nahverkehrsmittel, die gerade die Werktätigen und Rent-

ner treffen. In Heidelberg halten einige Tausend mehrere Tage die Schienen der Straßenbahnen besetzt. Zwölf Hundertschaften Polizei versuchen, unter Einsatz aller Mittel, vom Wasserwerfer bis zu gepanzerten Räumungsfahrzeugen, Tränengasbomben und bis zu einem Meter langen Holzschlagstöcken, gegen sie vorzugehen. Die Demonstranten und die Passanten bauen Barrikaden aus Mülltonnen, Möbeln und Baumaterialien und setzen sich mit Steinen gegen die brutal angreifende Polizei zur Wehr, formieren Demonstrationzüge und legen weiter Straßenbahnen und Buslinien lahm. 26 Polizeiwagen werden zerstört, ca. 25 Demonstranten, mit erheblichen, vor allem Kopfverletzungen in die chirurgische Universität eingeliefert.

Ein Höhepunkt in der politischen Arbeit der Partei, vor allem aber der Roten Garde, wird der Rote Antikriegstag und in diesem Zusammenhang der Jugendkongreß der Roten Garde am 30. und 31. 8. in Offenbach. Ein eindrucksvolles Bild bietet schon die Demonstration mit 5.000 Teilnehmern - zu der außer der Partei auch andere Organisationen aufgerufen hatten -, die durch Frankfurts Innenstadt zieht: ein Meer von roten Fahnen und Transparenten, der Spielmannszug der Partei in weißen Hemden, dahinter stechen die blauen Hemden der Agitproptrupps hervor. Dahinter die Delegationen der ausländischen Bruderorganisationen. Überall die rote Parteifahne mit dem gelben Spartakusstern und Hammer, Sichel und Gewehr.

Nach der Demonstration beginnt der Kongreß in der, mit 2.000 überwiegend jungen Menschen, Rotgardisten und Genossen gefüllten, Stadthalle in Offenbach. Grußadressen und Telegramme werden verlesen oder, wie die des Genossen Sascha Haschemi, der illegal lebt, vom Tonband abgespielt. Von ausländischen Vertretern werden Begrüßungsworte an den Kongreß gerichtet, Agitproptrupps treten auf, ein Genosse der Roten Garde hält eine Rede "Nieder mit der bürgerlichen Kultur und Weltanschauung", Rote-Garde-Zellen werden ausgezeichnet. Immer wieder erklingen die Rufe: "Hoch die internationale Solidarität!" Ein Höhepunkt der Veranstaltung ist die Rede des Genossen Ernst Aust "Die Jugend wird den Kampf entscheiden", die dem Kongreß entscheidende Impulse gibt. Darin heißt es unter anderem: "Schon früh, spätestens am Roten Antikriegstag 1972 in München, merkte die Bourgeoisie, das hier ist keine Jugend, deren Protest sich auf Bitten,

Eingaben und papierene Resolutionen beschränkt, der man mit einigen hundert Polizisten den Schneid abkaufen kann. Diese Jugend läßt sich ihre demokratischen Rechte nicht kampflos rauben, sie läßt sich ihr Recht auf die Straße nicht durch die willkürliche Errichtung von Bannmeilen nehmen. Und wenn man ihr mit Terror begegnet, schlägt sie zurück!

... Wie ist denn die Lage der lernenden und studierenden Jugend? Sie ist in dergleichen elenden Lage wie ihre Väter und Vorväter. Ohne Recht auf gleiche Bildungschancen, Zigtausende nach dem Schulabschluß ohne Arbeit ... Davon besonders betroffen sind alle berufsschulpflichtigen Jugendlichen ohne anerkanntes Ausbildungsverhältnis, ungelernte Arbeiter, Jungangestellte usw. Können sie je eine Familie gründen? Sich einen bescheidenen Wohlstand schaffen? Was ist denn ihre freiheitliche, demokratische Perspektive? Der Strick? Nein, die Revolution!

Und wie sieht es mit denen aus, die das Glück haben, eine Lehrstelle, einen Studienplatz zu erhalten? Im Betrieb, in der Schule und Universität von reaktionären Ausbildern, Lehrern und Fachdioten auf Vordermann gebracht, soll die Jugend sich in den kapitalistischen Arbeitsprozeß einordnen. Soll sie als Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse dienen, soll sie entsprechend der Wolfsmoral des Kapitalismus nach Mark und Pfennig jagen, soll sie im täglichen Arbeitsprozeß nach oben buckeln, nach unten treten lernen, während man ihr wie den Hunden einige Brosamen vom Tisch der Herrschenden zuwirft. Bestenfalls gestattet man ihr, in imperialistischen Kriegen für die Interessen der Monopole zu sterben oder im Bürgerkrieg in Polizei-, Grenzschutz- oder Bundeswehruniform auf Bruder, Schwester, Vater und Mutter zu schießen.

Das ist es, was der Kapitalismus ihnen zu bieten hat: ein Sklavendasein in Not und Elend, Arbeitslosigkeit und Erniedrigung, Unterdrückung und Ausbeutung. Wer aber - wie die Revisionisten, die Pfaffen - den Sklaven tröstet, statt ihn zur Rebellion gegen die Sklaverei aufzurütteln, der unterstützt die Sklavenhalter. Lieber auf den Barrikaden der Revolution sein Leben geben, als ein Leben lang auf Knien leben!"

Gründung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)

Nachdem im Verlauf der Tarifaueinandersetzungen und der Betriebsratswahlen in verschiedenen

Betrieben RGO-Gruppen entstanden sind, nachdem bereits seit einem halben Jahr die "RGO-Nachrichten" erscheinen, wird im Herbst der Gründungskongreß der RGO vorbereitet. Über 100 Delegierte und Gastdelegierte sind es schließlich, die sich am 25./26.11. in Paderborn versammeln, um die RGO zu gründen, ihre Gründungserklärung, ihre Satzung, ihr Aktionsprogramm zu diskutieren und zu verabschieden und ihren ersten Vorstand und ihren Ersten Vorsitzenden zu wählen. Anwesend sind Delegierte von 54 betrieblichen Gruppen der RGO und von zehn türkischen Arbeitervereinen, sehr viele von ihnen Betriebsräte. Auch unter den Gastdelegierten sind verschiedene Betriebsräte, außerdem Gewerkschaftsfunktionäre aus einer Reihe von Einzelgewerkschaften. Als Gast anwesend ist auch ein Vertreter



der Partei, der eine Grußadresse verliert und der RGO eine Spende der Partei übergibt.

Bereits zwei Wochen später erscheint der erste Mitgliederrundbrief des neugewählten RGO-Vorstandes, in dem es unter anderem heißt: "Laßt uns jetzt darangehen, unter einheitlicher Leitung, im Geiste kämpferischer Solidarität und Einheit, unsere Kraft zu vervielfachen. Machen wir die RGO zum entscheidenden Faktor für die Durchsetzung der Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und innerhalb der Gewerkschaft."

Einen Tag nach dem Gründungskongreß der RGO, am 28.11.1978, treten 50.000 Kollegen aus acht Stahlbetrieben vor allem in Duisburg und Dortmund in den Streik. Sie kämpfen für die Durchset

zung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für 5 Prozent mehr Lohn. Bei der Urabstimmung zehn Tage zuvor hatten sich allerdings viel mehr Kollegen für den Streik ausgesprochen - über 135.000. Und 120.000 Stahlarbeiter waren am 17.11. in 14 Städten der Bundesrepublik auf die Straße gegangen, um ihre Kampfbereitschaft zu demonstrieren. Als die Gewerkschaftsführung entgegen dem Willen der Basis nicht den Streik in allen Stahlbetrieben ausruft, sondern nur den Schwerpunktstreik in acht Betrieben, ist die Empörung groß. Bereits am 24.11. fordert die Vertrauensleuteversammlung bei Mannesmann/Huckingen in Duisburg den Streik in allen Stahlbetrieben. Flugblätter der RGO, auf denen ebenfalls Vollstreik gefordert wird, finden bei den Kollegen große Zustimmung. Das Verlangen nach der Ausweitung des Streiks wächst noch, als die Unternehmer einen Tag vor Streikbeginn die Aussperrung von 30.000 Kollegen ankündigen und sie auch am 1.12. durchführen. Bei Mannesmann und Thyssen/Hamborn in Duisburg, bei Klöckner in Bremen, bei Krupp/Rheinhausen werden von Vertrauensleuteversammlungen und Belegschaften Resolutionen gegen die Aussperrung und für den Vollstreik verabschiedet. Bei Mannesmann/Mülheim treten am 30.11. 3.000 Kollegen aus Protest gegen die Aussperrung in den Streik, bei Phoenix in Dortmund sind es am 1.12. 350. In Duisburg demonstrieren am 7.12. 6.000 Mannesmann-Arbeiter. Die wiederholte Forderung lautet: "Einbeziehung weiterer Betriebe in die Streikfront. Vollstreik!"

An einigen Betrieben kommt es zu Beginn der Aussperrung auch zu aktivem Widerstand der ausgesperrten Kollegen. So versuchen die Phoenix-Arbeiter in Dortmund am 1.12. mehrere Stunden lang ein Tor vollständig zu blockieren. Überall aber stehen nicht nur vor den Toren der bestreikten Betriebe, sondern auch dort, wo ausgesperrt wurde, Kollegen als Posten vor den Toren.

Die Solidarität mit den streikenden und den ausgesperrten Stahlarbeitern ist groß. Sie werden vor den Toren mit heißen Getränken usw. versorgt, erhalten unzählige Solidaritätsadres-

sen und hohe Geldspenden aus allen Teilen der Bundesrepublik. So sammeln etwa allein die Kollegen des Krupp-Werkes in Bochum, die weder streiken noch von der Aussperrung betroffen sind, über 20.000 Mark. Diese Solidarität drückt sich auch in der Teilnahme von Tausenden Kollegen anderer Branchen an Kundgebungen der Gewerkschaft am 8.12. aus. Über 30.000 Werktätige, Stahlarbeiter und Werktätige anderer Branchen, sind es allein in Duisburg, die sich zum Protest gegen die Aussperrung und zur Unterstützung der Forderungen der Stahlarbeiter versammeln.

Auf diesen Kundgebungen warnen bereits Schilder und Transparente, die RGO-Mitglieder und andere Kollegen erstellt haben, vor dem von der Gewerkschaftsführung angesteuerten Schlichtungsbetrug. Die Kollegen wollen keinen faulen Kompromiß. Sie wollen die Erfüllung ihrer Forderungen bzw. zumindest eine eindeutige, in Stunden zu messende Arbeitszeitverkürzung und eine echte Lohn-erhöhung. Dieser Wille der Kollegen, der Gewerkschaftsbasis und der Mehrheit der Vertrauensleute, ist so stark, daß die Große Tarifkommission der IG Metall am 18.12. praktisch einstimmig einen durch Schlichtungsverhandlungen zwischen der Gewerkschaftsführung und den Unternehmern ausgehandelten Abschluß ablehnt, der statt echter Arbeitszeitverkürzung nur einige Feierschichten vorsieht. Und die auch nur für einen Teil der Stahlarbeiter. Drei Tage später wird die Ausweitung des Streiks beschlossen, der noch bis in den Januar 1979 hinein andauern soll.



**Solidarität
ist unsere
stärkste Waffe!**



**Rote
Hilfe**

www.rote-hilfe.de

zentrales spendenkonto:

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

kontakt:

rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

Gründung der ROTEN HILFE

Die Rote Hilfe ist eine proletarische "Massenorganisation mit einer konkreten Zielsetzung, nämlich der Schaffung einer breiten Front der Solidarität mit allen im Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem stehenden und politisch verfolgten klassenbewussten Arbeitern und Revolutionären"

(Ernst Aust - Rede auf der Gründungsveranstaltung der RHD am 22.3.1975)

Im §2 (Zweck der RHD) hieß es dann:

"Die Rote Hilfe Deutschlands ist die Solidaritätsorganisation der Werktätigen in ganz Deutschland. Sie organisiert die Solidarität mit denen, die in der Deutschen Bundesrepublik, in Westberlin oder in der Deutschen Demokratischen Republik verfolgt und unterdrückt werden, weil sie gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes, gegen Faschismus und Reaktion oder gegen die imperialistische Kriegspolitik im Kampf stehen. Sie tritt insbesondere ein für die Freilassung der politischen Gefangenen."

Gründung der Sektion DDR der KPD/ML

Zur Jahreswende 1975/76 wird nach langer und gründlicher Vorbereitung die Sektion DDR der KPD/ML gegründet. In der Gründungserklärung, die am 7.2. im "Roten Morgen" veröffentlicht wird, heißt es unter anderem: "Die Zeit ist längst reif, auch in der DDR den Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse in Angriff zu nehmen. Schon lange ist die SED unzulänglich als eine Partei des revolutionären Verrats, zu einer bürgerlichen sozialfaschistischen Partei entartet. Schon lange ist der ehemalige Arbeiter- und Bauernstaat zu einer kapitalistischen Staat geworden, in dem die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden. Das ist das Werk der revisionistischen Verräter vom Schlage Chruschtschow, Brezhnev und Konsorten. Heute herrscht in der DDR die sozialfaschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie. Nur durch eine neue gewalttätige Revolution können wir die sozialfaschistische Herrschaft der Honecker-Clique, die ein Verrat des russischen Sozialimperialismus ist, erschlagen und die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und übrigen

sei hier nur ein Artikel aus "Zeri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albanien, erwähnt, in dem es unter anderem heißt: "Die albanischen Kommunisten, unsere Arbeiterklasse und das gesamte Volk freuen sich von ganzem Herzen über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML und begrüßen sie flammend. 'Die Partei der Arbeit Albanien', hat Genosse Enver Hoxha betont, wird die marxistisch-leninistische Bewegung, alle, die gegen Imperialismus und Revisionismus, für den Sieg der Revolution und des Sozialismus kämpfen, mit allen Kräften und Möglichkeiten unterstützen. Das sozialistische Albanien entbietet den deutschen Marxisten-Leninisten und allen Revolutionären zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML revolutionäre Grüße und wünscht ihnen neue Siege in der sozialistischen Revolution."



Ausgabe DDR
lesen und
weitergeben!

Vor einem Jahr KPD/ML in der DDR gegründet

Arbeiter! Werktätige!
Vor einem Jahr, Anfang 1976, fanden sich Marxisten-Leninisten in der DDR zusammen, um die Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten zu gründen. Warum wurde die Gründung der KPD/ML, die seit 1969 bereits in Westdeutschland und Westberlin besteht, auch in der DDR notwendig?

In der Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML heißt es dazu:

"Die Zeit ist längst reif, auch in der DDR den Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse in Angriff zu nehmen. Schon lange ist die SED unzulänglich als eine Partei des revisionistischen Verrats, zu einer bürgerlichen sozialfaschistischen Partei entartet. Schon lange ist der ehemalige Arbeiter- und Bauernstaat zu einer kapitalistischen Staat geworden, in dem die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden. Das ist das Werk der revisionistischen Verräter vom Schlage Chruschtschow, Brezhnev und Konsorten. Heute herrscht in der DDR die sozialfaschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie. Nur durch eine neue gewalttätige Revolution können wir die sozialfaschistische Herrschaft der Honecker-Clique, die ein Verrat des russischen Sozialimperialismus ist, erschlagen und die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und übrigen

Werktätigen, die Diktatur des Proletariats, widererrichten."

Während die D.K.P./S.E.W.-Revisionisten im Westen sich bemühen, die Arbeiter mit Phrasen vom "friedlichen und parlamentarischen Weg zum Sozialismus" von der sozialistischen Revolution abzuhalten, versuchen die SED-Bossen, um Werkstätte der DDR mit Slogans vom "entwickelten Sozialismus" darüber zu täuschen, daß bei uns in der DDR die Ausbeutung der breiten werktätigen Massen durch eine dünne Schicht von Bürokraten und Managern schon längst wieder eingeführt ist.

Um der Arbeiterklasse im Westen wie im Osten wieder eine Führung zu schaffen, eine wahrhaft kommunistische Partei, ohne die der Sieg in den Klassenkämpfen, in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus unmöglich ist, wurde Ende 1968 in Hamburg die KPD/ML und Anfang 1976 ihre Sektion DDR gegründet.

In einem Jahr seit der Gründung hat sich die Sektion DDR der KPD/ML gefestigt und erweitert. Es wurden Flugblätter verteilt, die ersten DDR-Ausgaben der Zeitung unserer Partei, "Roter Morgen", wurden verteilt und es gab verschiedene andere Aktionen.

Die Reaktion der SED-Bossen, der neuen Kapitalisten und ihres Polizeistaats war wie erwartet. Einerseits übten sie Stillschweigen über die neu entstandene wirklich kommunistische

Die Entstehung der Sektion DDR

Viele der späteren Parteiorganisationen hatten bereits vor der Gründung der Sektion DDR der KPD eine eigenständige Entwicklung durchgemacht. Die um die Jahreswende 1975/76 erfolgte offizielle Gründung kam nicht über Nacht und war keineswegs am grünen Tisch ausgedacht worden. Während die KPD/ML schon im

Jahre 1968 in der Bundesrepublik entstanden war, ist die Keimzelle der Sektion DDR innerhalb der DDR selbst zu suchen.

Warum eine KPD in der DDR? Weil die Verhältnisse in der DDR grundsätzlich geändert werden mussten, damit dieser Staat zu Recht sozialistisch genannt werden konnte. Die Politik der SED-Führung war nicht willkürlich und geprägt durch einzelne Führer, die Fehler begingen. Die Wurzeln dieser Politik lagen in den Klasseninteressen einer privilegierten Schicht bzw. Klasse, die alle Herrschaftsfunktionen in ihren Händen monopolisiert hatte und diesen Zustand verewigen wollte. Dies widersprach diametral dem kommunistischen Ziel, alle klassenmäßig bedingten Unterschiede zu beseitigen. Da aber diese Kräfte die Macht und die gesellschaftliche Hegemonie innehatten, konnte sich die DDR nicht mehr in Richtung einer klassenlosen Gesellschaft, in Richtung des Kommunismus bewegen. Der Sozialismus ist aber seinem Wesen nach die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus. Der Sieg auf politischem Gebiet, d.h. die Errichtung der proletarischen Macht, der Aufbau der Wirtschaftsbasis des Sozialismus in Stadt und Land, bedeutet nicht, dass der Sozialismus gesichert ist. Solange der vollständige Sieg der sozialistischen Revolution im Bereich von Ideologie und Kultur nicht gesichert ist, kann es zum Rückschritt hin zum Kapitalismus kommen. Die alten bürgerlichen, patriarchalischen Ideologien wirken noch lange im Bewusstsein der Volksmassen und sie haben noch tiefe Wurzeln. Während der ganzen Übergangsperiode vom Kapitalismus zu Kommunismus dauert der Klassenkampf an. Das revolutionäre Neue muss den Platz des verworfenen Alten einnehmen. Geschieht dies nicht, kehrt das Alte wieder zurück.

"Ein Land, in dem ein Mensch Angst hat, einen anderen zu kritisieren, ist kein sozialistisches Land" (Enver Hoxha)

Eine Politik, wie sie die entartete SED-Führung betrieb, die ihre Macht verewigen wollte, beendete die anfänglich sozialistische Entwicklung. Phrasen, tote Formeln und der Geist der Selbstzufriedenheit bestimmten nun die Linie der SED. Sie, die SED-Führer, waren unfehlbar und unkritisch. Die Legende von einer ununterbrochenen, aufstrebenden Entwicklung diente dazu, Kritiker mundtot zu machen.

Die DDR-Propaganda posaunte unablässig heraus, sie sei sozialistisch und die SED-Führung der Garant dafür. Die Entwicklung hin zu einer klassenlosen Gesellschaft war durch die neu entstandene Klasse aber unterbrochen. Die DDR war kein sozialistischer Staat, der nämlich nach Lenin ein "Übergang vom Staat zum Nicht-Staat" (LW25, S.445) sein muss. Die ständige Stärkung des bürokratischen Apparats in der DDR, von dem die "allmächtige und allgegenwärtige" Krake Stasi nur ein Ausdruck war, war die logische Folge einer Politik, die auf die dauerhafte Entmündigung der Gesellschaftsmitglieder abzielte. Die klassenmäßigen In-

teressen der Herrschenden in der DDR waren es auch, die eine Beteiligung arbeitender Menschen an staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen immer mehr verhinderten. Die (wenn auch schlechte und krisenhafte) Regulierung der Produktion durch den Markt war zwar beseitigt, denn kapitalistisch war die DDR noch nicht. Die Leitung und Kontrolle der arbeitenden Menschen über die Produktion konnte jedoch nicht wachsen, da die Werktätigen immer weniger zu sagen hatten. So kam es immer mehr zu Stagnation. Dass der Sozialismus dann in ein entartetes Regime übergeht (welches wir als Revisionismus bezeichnen), das selbst nur Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus sein kann, war dann folgerichtig. Es ist dann eine Frage des Klassenkampfes, wohin der weitere Weg geht: nach vorne, weiter zum Sozialismus, hin zum Kommunismus, oder zurück zum Kapitalismus. Dass im Sozialismus die revolutionären Arbeiter unter Führung ihrer Kommunistischen Partei die Hegemonie ausüben müssen, wenn der Sozialismus sich gesund entwickeln soll, war den Gründungsmitgliedern der KPD/ Sektion DDR klar.

Über viele Jahre führte die KPD-Sektion DDR einen umfassenden Kampf für einen Staat, der zu Recht sozialistisch genannt werden kann. Auch wenn sie scheiterte - Anfang der 80er Jahre wurde die Sektion weitgehend von der StaSi zerschlagen - war ihr Kampf nicht umsonst.

Die Erfahrungen, die Lehren werden für die weiteren Erkenntnisse über die Übergangsgesellschaft vom Sozialismus zum Kapitalismus von großen Nutzen sein. Und bis zum Untergang der DDR haben Genossinnen und Genossen der illegalen Sektion DDR der KPD für den Sturz des revisionistischen Regimes, gegen die Machtübernahme des Kapitals und Kohls, für die Wiedererrichtung des Sozialismus geführt. Trotz aller Bemühungen konnte die StaSi den marxistisch-leninistischen Widerstand nie völlig unterdrücken. Die revisionistische Gesellschaft ist gesetzmäßig in den Kapitalismus/ Imperialismus übergegangen.

Die SED ist verschwunden, hat allerdings Nachfolger und unkritische Anhänger in mehreren Organisationen gefunden, die in DDR-Nostalgie schwelgen und bis heute diese Gesellschaft als sozialistisch bewundern. Das MIS ist aufgelöst oder teilweise von bundesdeutschen Geheimdiensten übernommen.

Mit dem Untergang der revisionistischen Regime kann der Kapitalismus sein Gesicht wieder offen und ungeschminkt zeigen.

Der siegreiche Kapitalismus ist eine Gesellschaft im Niedergang!

Die Notwendigkeit, für den Sozialismus zu kämpfen, zeigt sich noch klarer.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

In der Grußadresse des Zentralkomitees der KPD/ML zum neuen Jahr (1976) wird selbstkritisch dazu Stellung genommen, daß die Partei unter dem Einfluß des chinesischen Revisionismus zeitweilig die Auffassung

vertreten hat, es gelte in ganz Deutschland vor allem den Kampf gegen die beiden Supermächte, insbesondere den russischen Sozialimperialismus, zu führen. Dagegen wird richtig festgehalten, daß der Hauptfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland der westdeutsche Imperialismus ist und es mit ihm deshalb Keinerlei Zusammenarbeit geben darf, wird weiter betont, daß es auch nicht zulässig ist, sich im Kampf gegen die eine Supermacht, den russischen Sozialimperialismus, auf die andere Supermacht, den US-Imperialismus, zu stützen. Gleichzeitig wird hier - und klarer noch in der am 1. Mai erscheinenden Stellungnahme des Präsidiums der KPD/ML "Zu wichtigen Fragen der Strategie und Taktik der sozialistischen Revolution in Deutschland" - bereits der entscheidende Schritt zum späteren umfassenden und kompromißlosen Kampf unserer Partei gegen den chinesischen Revisionismus getan, indem die Losung "Alles gegen den drohenden dritten Weltkrieg und den russischen Sozialimperialismus" als reaktionär und chauvinistisch, als gegen den Marxismus-Leninismus und gegen die proletarische Revolution gerichtet, entlarvt und bekämpft wird.

In zehn Städten demonstrieren am 1. Mai 1976 Tausende unter roten Fahnen ihre revolutionäre Kampfschlossenheit. Zum ersten Mal seit langen Jahren erhebt diesmal auch die Arbeiterklasse in der DDR ihre Stimme zum 1. Mai. Illegal verteilen die Genossen der Sektion DDR dort kleine Flugblätter aus dünnem Papier, in denen sie zum Kampf gegen das Honecker-Regime und seine Moskauer Oberherren aufrufen. Ebenfalls erstmalig nimmt in diesem Jahr eine Delegation revolutionärer Arbeiter aus Westdeutschland an den Malfestlichkeiten in der Volksrepublik Albanien teil.

Im November werden erneut in verschiedenen Prozessen hohe Gefängnisstrafen gegen Genossen ausgesprochen. So wird etwa der Genosse Martin Peleikis als presserechtlich Verantwortlicher eines antimilitaristischen Flugblattes auch in zweiter Instanz zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 4. Dezember versammeln sich in Tübingen 150 Studenten, darunter Genossen der Partei, um eine Veranstaltung zu verhindern, auf der der berühmte Faschist Hoffmann Söldner für den rhodesischen Rassistenchef Smith anheuern will.

In Westdeutschland aber gehen auch 1977 die politischen Verfolgungen fortschrittlicher oder auch kommunistischer Menschen weiter. In allen Gebäuden der Gesamtschule in Hamburg-Horn rufen Kleber die Schüler zu einer Demonstration gegen das geplante Berufsverbot für die Lehrerin Ulla Oehler auf. Seit einem Jahr bereits führen Schüler, Eltern und Lehrer den Kampf gegen die geplante Entlassung der Lehrerin. 900 Unterschriften wurden gesammelt, zahlreiche Resolutionen verabschiedet. Nicht nur größere Schüler demonstrieren hier - und einige organisieren sich in der Roten Garde -, auch die kleineren nehmen teil. Ihre Organisation die ROTEN PIONIERS - hat sich schon in mehreren Städten der Bundesrepublik gegründet, als

Kindergruppen der Roten Garde. In Hamburg haben sie sich jetzt ihre erste Zeitung geschaffen: "Rote Pioniere".

Für den 5. Februar 1977 ruft das auf dem III. Parteitag der KPD/ML neugewählte Zentralkomitee der Partei zu einer großen Abschlußkundgebung des III. Parteitages in Ludwigshafen auf. Auch eine Reihe von Delegationen marxistisch-leninistischer Bruderparteien sind eingeladen und haben ihr Kommen angekündigt, darunter die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Foto Cami, Mitglied des Zentralkomitees der PAA und Professor an der Staatsuniversität von Tirana, an der Spitze. Am 28. Januar verweigert das Auswärtige Amt in Bonn der Delegation die Einreise in die Bundesrepublik. Bonn, das Diktatoren, Potentaten, Faschisten und Massenmörder wie den persischen Schah mit offenen Armen empfängt, das nichts dagegen hat, daß höchste sowjetische und DDR-Parteifunktionäre die Parteitags der DKP besuchen, verweigert den Vertretern eines vom Hitler-Faschismus überfallenen Landes die Einreise. Das ist ein feindseliger Akt gegen das albanische wie das deutsche Volk, ein feindseliger Akt, der zahlreiche Proteste hervorruft.

Am 7.10. 1977, dem 28. Jahrestag der Gründung der DDR, auf dem Alexanderplatz in Ostberlin: Das Regime hat Truppenparaden und Festlichkeiten angeordnet. Aber aus der geplanten Jubelfeier für die Herren in Moskau und Ostberlin wird nichts. Nachdem es schon nachmittags zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Vopos gekommen ist, entwickelt sich nach und nach eine militante Protestbewegung. Der Ruf "Russen raus" wird immer lauter. Die Vopos gehen mit unerhörter Brutalität, mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas, gegen die Jugendlichen vor. Mindestens zwei Menschen sterben. Es gibt zahlreiche Verletzte, viele werden verhaftet und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Sektion DDR der Partei prangert den Terror in einem illegal verbreiteten Flugblatt an.

Währenddessen bahnt sich in Westdeutschland ein Terrorfeldzug an, der alles bisher gekannte in den Schatten stellt. Gesinnungsgenossen der Schleyer-Entführer schrecken, um ihre Forderung nach Freilassung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Irmgard Möller und anderen durchzusetzen, auch vor dem Äußersten nicht zurück. Sie entführen eine Luft-hansamaschine, die, besetzt mit Urlaubern, aus Mallorca kommt, nach Mogadischu und drohen, die Insassen zu töten, wenn die Bundesregierung ihre Forderung nicht erfüllt. Für die Herren in Bonn ist dieses Verbrechen ein Geschenk des Himmels. Denn hatten die Werktätigen zuvor auf die im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung entfaltete Terroristenhysterie relativ gelassen reagiert, so schlug jetzt die Stimmung um. Die Empörung über das Verbrechen von Mogadischu ist groß. Die Bourgeoisie nutzt die Gunst der Stunde. In einem nächtlichen Coup stürmt die Bundesgrenzschutz-

Einheit GSG9 das entführte Flugzeug. Die Herren in Bonn feiern sich als Befreier der Geiseln. Und dann kommt sofort darauf, am Morgen des 18.10., die schreckliche Nachricht. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe sind tot. Irmgard Möller ist lebensgefährlich verletzt. Politiker, Fernseh- und Rundfunkanstalten, die Presse verbreiten das Märchen vom Stammheimer Selbstmord. Andreas Baader, obwohl Linkshänder, soll sich mit der rechten Hand einen Geknickschuß beigebracht haben. Irmgard Möller, obwohl bewußtlos, soll sich mit einem Anstaltsbrotmesser in die Brust gestochen haben. Trotz Kontaktsperre, trotz rigidester Überwachung von Verteidigern und Häftlingen sollen nicht nur Pistolen nebst Munition, sondern auch pfundweise Sprengstoff nebst Zündkapseln, komplette Sprechanlagen usw. in den Zellen aufbewahrt worden sein. Kein logisch denkender Mensch glaubt diese Ungeheuerlichkeiten. Nicht nur Pfarrer Ensslin, sondern Zeitungen in aller Welt erklären: "Sie sind ermordet worden."

Vor dem VW-Werk in Wolfsburg marschieren sie auf und vor Bayer-Leverkusen - schwerbewaffnete Polizeikommandos, die die Werkstore abriegeln und Gesichtskontrollen durchführen. Es ist die "Stunde der Fahndung", wie sie nach Schleyers Tod angekündigt wird. Es ist der Polizeistaat in Aktion mit allem, was dazugehört: Straßenkontrollen, Hausdurchsuchungen und pausenlosen Aufrufen zur Denunziation. Jeder soll jeden bespitzeln gemäß der Schlagzeile von "Bild": "Die Terroristen von heute, das sind die netten jungen Leute von nebenan."

Die VR China entlarvt sich –

Solidarität der KPD/ML mit der VR Albanien

Am 7. Juli 1977 teilt die Regierung der Volksrepublik China der Botschaft der SVR Albanien durch eine Note mit, daß ab sofort alle chinesischen Hilfen und Zahlungen im Rahmen des Zivil- und Militärkredits an Albanien eingestellt, die chinesischen Spezialisten aus Albanien zurückgezogen und eine Reihe wichtiger Werke unvollendet gelassen werden. Der "Rote Morgen" antwortet darauf, nachdem die albanische Nachrichtenagentur ATA die Nachricht über diese Provokation verbreitet hat, mit einem Artikel "In den Fußstapfen Chruschtschows". Darin heißt es unter anderem: "Unsere Partei und alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen in Deutschland verurteilen diesen offen antimarxistischen und chauvinistischen Schritt der chinesischen Revisionistenclique auf der Grundlage der 'Drei-Welten-Theorie', einer Politik, die gegen den Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern für den Sozialismus gerichtet ist, die den Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und die innere Reaktion sabotiert, die auf die Schwächung des Sozialismus und die Stärkung von Imperialismus, Reaktion und Revisionismus abzielt." Genosse Ernst Aust, der sich gerade in Albanien auf-

hält, nimmt in einem Fernsehinterview dazu Stellung. Die Rote Garde, Parteiversammlungen und fortschrittliche Organisationen aus Westdeutschland bekunden der SVR Albanien ihre unverbrüchliche Solidarität. Als das ZK der Partei der Arbeit Albanien und die Regierung der SVR Albanien am 29. Juli in einem Brief auf die chinesische Provokation antworten, wird er im "Roten Morgen" abgedruckt und von Genossen und Freunden der Partei begeistert begrüßt. In dem Brief heißt es unter anderem: "Die Einstellung der Hilfen und Kredite für das sozialistische Albanien durch die chinesische Führung ist nicht lediglich eine, wenn auch schwerwiegende, Episode in den Beziehungen zwischen China und Albanien. Dieser Akt ist von großer internationaler Bedeutung. Er beweist, daß sich China gegen den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus gestellt hat, daß es sich eine chauvinistische Politik des Diktats der Großmacht zu eigen gemacht hat und anwendet, daß es eine hegemonistische Praxis verfolgt und mit der brutalen Willkür einer Großmacht handelt."

Der Kampf gegen den "linken" Opportunismus

Während der 70er Jahre war der Einfluß des ultralinken Sektierertums in der Partei sehr stark, was die Verankerung in der Arbeiterklasse hemmte. In der Führung der Partei ersetzten Leute wie Gernot Schubert eine konkrete, an den Interessen der ArbeiterInnen und kleinen Angestellten orientierte Politik durch wortradikales "Verteidigen von Prinzipien". Während die Arbeit von Parteimitgliedern in den Gewerkschaften weiterhin vielfach sabotiert wurde, wurde auf Demonstrationen die sicherlich ungeheuer vorantreibende Losung "Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her" gerufen.

Leisteten Genossinnen und Genossen im Betrieb mühsame und unscheinbare Kleinarbeit, so gerieten sie leicht in den Ruf, ReformistInnen zu sein: Was taten sie eigentlich "für die Revolution?" Wurde ein Flugblatt geschrieben, so mußte der Autor bzw. die Autorin sehr darauf achten, daß auch ja alle "Grundsätze" der Partei darin "verteidigt" wurden: Fehlte etwa die ausdrückliche "Abgrenzung zum Revisionismus" oder die "Verteidigung der gewaltsamen Revolution und der Diktatur des Proletariats", so geriet man leicht in den Ruf, "RevisionistIn" zu sein. Begünstigt wurden derartige Praktiken durch die maoistische Theorie vom angeblich ständigen und gesetzmäßigen "Kampf zweier Linien in der Partei". In jeder Parteiorganisation vom ZK bis zur Zelle suchten die Sektierer gemäß dieser "Theorie", wer denn nun Vertreter der "bürgerlichen Linie" war. Ernst Aust war klar, daß eine solche Ausrichtung die Partei vom Klassenkampf und von der Arbeiterklasse entfernen mußte. Ohne den Kampf, den Ernst Aust damals führte, wäre die KPD unzweifelhaft zu einer revisionistischen Partei vom Schlage der SED entartet. Zu den Methoden der "linken" Revisionisten, mit denen sie die Partei von der Arbeiterklasse trennen woll-

ten, gehörte auch die schematische, formelhafte Auslegung der führenden Rolle der Partei. Ernst Aust sagte hierzu: "Ein weiterer sektiererischer Fehler kommt in der falschen, kleinbürgerlichen Vorstellung von der führenden Rolle der Partei zum Ausdruck. Man geht nicht davon aus, daß die politisch-ideologische Führung einer Bewegung oder einer Organisation bei der Partei liegen muß, sondern davon, daß die Partei nach außen hin auch ja mit Namen und Zeichen in Erscheinung tritt, im Vordergrund steht. Eine solche formale, oberflächliche, von kleinbürgerlichem Geltungsbedürfnis geprägte Vorstellung von der führenden Rolle der Partei untergräbt in Wirklichkeit die politisch-ideologische Führung durch die Partei, weil sie die Partei immer wieder den parteilosen Massen gegenüberstellt, statt sich an ihre Spitze zu stellen, weil sie noch bestehende Widersprüche parteiloser Menschen zur Partei in den Vordergrund rückt, anstatt diese Menschen im gemeinsamen Kampf durch die richtige Führung dieses Kampfes zu überzeugen, sie mit Umsicht, Takt und Fingerspitzengefühl an die Partei heranzuführen."

Dies betrifft unter anderem die Stellung der Partei zu Massenorganisationen wie auch die Arbeit jeder Genossin und jedes Genossen im Kreise ihrer ArbeitskollegenInnen, FreundInnen, Bekannten, NachbarInnen. Da, wo die Kommunistin, der Kommunist lebt und arbeitet, da sind die besten Voraussetzungen, andere Menschen zu beeinflussen. Eine zeitweilige Konzentration der Kräfte der Partei für bestimmte Ziele hat ihren Platz, doch es ist verhängnisvoll, wenn ein Stil des Hetzens von Kampagne zu Kampagne es verhindert, daß die KommunistInnen in ihrem Umfeld als KommunistInnen wirken. Genau das aber war die Politik der "linken" Sektierer. Sie verbreiteten sogar die Ansicht, die Arbeit der KommunistInnen im persönlichen Umfeld sei "eigentlich keine Parteiarbeit".

Der Hauptgrund für diese Politik lag in einem Wesensmerkmal des Revisionismus: "Ein Wesensmerkmal des Revisionismus, gleich welcher Prägung, ist ein funktionales Verhalten zu den werktätigen Massen, eine Haltung der Fremdbestimmung über sie, die Einstellung, sie als Manövriermasse zu betrachten. Sie sollen nicht anhand ihrer eigenen Erfahrungen durch die Partei zu Selbsttätigkeit im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts, im Sinne der Vergesellschaftung, (das bezieht sich unmittelbar auf den Sozialismus und gilt in Bezug auf den Kapitalismus entsprechend) erzogen werden, sondern sie sollen 'die richtigen Lösungen der Partei aufgreifen', andernfalls sind sie reaktionär und müssen eben noch entsprechende Erfahrungen machen, um zu sehen, daß 'die Partei schon recht hat'.

Entsprechendes gilt innerhalb der Partei: Der Revisionismus ist nicht bestrebt, möglichst alle Parteimitglieder in die Lage zu versetzen, aktiv an der Erörterung und Entscheidung aller Fragen der Parteilinie und Parteientwicklung teilzunehmen, sondern er degradiert die Parteimassen zu Befehlsempfängern der Führung."

Eine Quelle derartiger revisionistischer Verhältnisse in einer Partei sowie im Verhältnis einer Partei zu parteilosen Menschen ist die Arbeitsteilung von Leitenden und Ausführenden innerhalb der kapitalistischen (und bis zu einem gewissen Grade auch sozialistischen) Gesellschaft. Diese Arbeitsteilung muß sich in der Partei bis zu einem gewissen Grade widerspiegeln, denn die Partei kann keine Insel innerhalb der Gesellschaft sein, die sich von den Verhältnissen der Gesellschaft kraft ihres Willens vollständig emanzipiert hat. Zugleich aber muß die Partei in ihren Reihen einer solchen Arbeitsteilung und ihren Auswirkungen bewußt entgegenwirken, denn sonst büßt sie ihren kommunistischen Keim ein. Derartige Zusammenhänge waren seinerzeit, als Ernst Aust das Sektierertum bekämpfte, theoretisch nicht hinreichend geklärt. Dennoch erkannte Genosse Ernst aufgrund seines ausgeprägten Klassen- und Parteistandpunkts die tödliche Gefahr, die vom Sektierertum ausging, und führte den Kampf entschieden. Notwendige Bedingung für den Sieg über das "linke" Sektierertum war auch, daß die Partei 1978 in der Lage war, mit den sogenannten Mao-tse-tung-Ideen abzurechnen, den Einfluß des Maoismus zurückzuweisen.

Die Opportunisten in der Partei

Da die Partei durch die jahrelangen Bestrebungen der Opportunisten in hohem Maße geschwächt und ideologisch zersetzt war, waren es nur sehr wenige, die für die Fortführung der Partei auf marxistisch-leninistischen Positionen kämpften.

Gestärkt wurden die Opportunisten durch den richtigen, aber falsch umgesetzten Versuch, Lenins Empfehlung "8:2" für das Verhältnis von Arbeitern zu Intellektuellen in der Parteiführung zu verwirklichen. Eine Reihe von intellektuellen GenossInnen, die dem Aufruf der Partei zur Arbeit in den Betrieben gefolgt waren, wurden als proletarisch angesehen - proletarisch war zwar jetzt ihre Klassenlage, aber nicht unbedingt ihr Klassenbewusstsein.

Ihnen gelang es, im Zentralkomitee die Mehrheit zu erlangen, und sogar, Genossen Ernst Aust als Parteivorsitzenden abzuwählen.

Die Erfolge der Partei täuschten aber über Misserfolge hinweg. Wir nennen hier nur das Stalin-Aufgebot. Es wurde über einen längeren Zeitraum durchgeführt und hatte das Ziel, die Partei weiter in den Massen zu verankern und Menschen an die Partei heranzuführen. Als besonders erfolgreich wurde hier die Ortsgruppe des Kreises Recklinghausen den übrigen Genossinnen und Genossen vorgestellt. Ein mehrseitiger Bericht in ROTES MORGEN berichtete über diese vorbildliche Ortsgruppe: sie hatte ihre Mitgliederzahl während des Stalin-Aufgebots vervielfacht. Doch die Frucht war faul. Die OG Recklinghausen war jahrelang sehr schludrig mit Sympathisanten, mit Kandidaten und mit RG-Mitgliedern umgegangen; sie wurden nun flugs in die Partei aufgenommen und das "Plansoll" des Stalin-Aufgebots war bei weitem übererfüllt. Ein tolles Vor-

bild - in Wirklichkeit war kein einziger Mensch im Kreis Recklinghausen der Partei näher gebracht worden.

Ernst Aust schloß sich den Kräften an, die den unveröhnlichen Bruch mit dem Koch-ZK vollzogen und - zunächst innerhalb der bestehenden, von den Koch-Leuten kontrollierten Partei - für die Formierung der Marxisten-Leninisten eintraten. Sobald er sich dazu entschlossen hatte, führte er den Kampf mit allen Kräften. Noch wenige Tage vor seinem Tode trat er z.B. auf einer Veranstaltung in Frankfurt/Main auf, die die Marxisten-Leninisten in der KPD zum Kampf gegen das opportunistische ZK organisiert hatten. Ernst bezog dort klar Stellung, entlarvte den Verrat des ZK und die Lügen des anwesenden Vertreters des Politbüros. Damit zeigte er vielen Genossen, daß die Existenz der Partei in dieser Situation nur im schonungslosen Kampf gegen das opportunistische ZK verteidigt werden konnte. Diese Veranstaltung und das Auftreten des Genossen Ernst hatten ganz entscheidenden Anteil daran, daß kurz darauf die opportunistische Landesleitung in Hessen abgewählt und durch eine marxistisch-leninistische Landesleitung ersetzt wurde, was für die Marxisten-Leninisten in der KPD eine große Ermutigung in ihrem Kampf war. Leider verstarb Genosse Ernst Aust inmitten dieses Kampfes, am 25. August 1985.



Knapp einen Monat danach führten die KommunistInnen in der KPD in Frankfurt am Main eine Konferenz durch, auf der sie den organisatorischen Bruch mit dem Koch-ZK und dessen Anhängern beschlossen, noch

bevor diese Opportunisten die Vereinigung mit der trotzkistischen GIM vollzogen hatten. Die KPD existierte weiter, wenn auch zahlenmäßig stark geschwächt. In der Folgezeit konnte sie langsam wieder wachsen, diese und jene Lücken schließen, diese und jene Mängel korrigieren. Der Zusammenbruch der revisionistischen Länder und des ehemals sozialistischen Albanien führte dazu, daß die revisionistischen und opportunistischen Organisation in eine tiefe Krise gerieten, die KPD hingegen konnte sich auch in dieser Situation weiter stärken, zwar nicht schlagartig, aber stetig. Im Gegensatz zu den Revisionisten und Opportunisten verstand sie, daß diese Entwicklungen nicht mit Phrasen "erklärt" werden können, sondern daß eine tiefgehende wissenschaftliche Analyse der Erfahrungen des Sozialismus und seiner Entartung erforderlich ist. Sie erzielte dabei gewisse Resultate und arbeitet weiter an den betreffenden Analysen.

Im Prozess der Neugründung der KPD (nach 1985) entwickelten sich ideologische Probleme. Eine Reihe von weiteren Neugründungen war die Folge. In diesen arbeiteten teils ehrliche KommunistInnen, aber auch Opportunisten und Sektierer. Letztere stellten ihre Person über alles, hatten spießbürgerlich-intellektuelle Vorstellungen über den Sozialismus / Kommunismus.

Unserer Meinung nach waren alle Auseinandersetzungen notwendig, doch sie wurden nicht immer richtig geführt - einige zu scharf, so dass es zu unnötigen Trennungen kam; andere nicht scharf genug, so dass Feinde der Arbeiterklasse nicht rechtzeitig entfernt wurden. Von diesen Fehlern nehmen wir uns nicht aus.

Erst in den letzten Jahren kam es zu gemeinsamen Aktionen und Diskussionen von Marxisten-Leninisten aus verschiedenen Organisationen. Diese positive Entwicklung wird auch von der KPD/ML gefördert und unterstützt, damit in Zukunft eine geeinte Kommunistische Partei entsteht, die ihre Aufgaben gerecht wird.

Der letztlich entscheidende Grund dafür, daß die KPD/ML - KPD in den vergangenen 40 Jahren zu keiner politisch einflußreichen Kraft wurde, liegen in besonderen Bedingungen der Entwicklung des deutschen Imperialismus, der in der Lage war, durch diese und jene Brotsamen die Arbeiteraristokratie zu pöppeln und in der Arbeiterklasse den Geist der Konkurrenz sowie der Anpassung an die Interessen der Bourgeoisie zu züchten. Die materiellen Bedingungen, die das bislang nahezu uneingeschränkte Dominieren des Opportunismus in der Arbeiterklasse bewirkt haben, beginnen allerdings, sich zu verändern. In welchem Tempo diese Entwicklung voranschreiten wird, läßt sich nicht voraussagen. Heute besteht jedenfalls die höchst widersprüchliche Situation, daß die Fäulnis des Kapitalismus ein vorher nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat, die Widersprüche eine nie dagewesene Zuspitzung, daß aber zugleich die bewußten revolutionären Kräfte au-

Berorderlich schwach sind, daß die Bereitschaft, KommunistIn zu werden, heute sogar noch geringer ist als etwa in den 70er Jahren.

Doch letzteres wird nicht auf Dauer so bleiben. Die Änderung der objektiven Lage führt auch zur Suche nach einem Ausweg, allerdings nicht mechanisch. Ist das Konkurrenzdenken innerhalb der Klasse und auch innerhalb von unteren Schichten der Klasse stark, so kann es bei Verschärfung der Krise vorübergehend noch stärker werden: Man sucht die Lösung im Kampf gegen "die Ausländer" die "uns" angeblich die Arbeitsplätze wegnehmen, gegen "die Sozialschmarotzer", die "uns" angeblich auf der Tasche liegen usw. Zugleich aber wachsen die Bedingungen, unter denen Klassenbewußtsein entstehen kann, das Bewußtsein von der Notwendigkeit, gemeinsam - als Klasse - gegen das Kapital zu kämpfen, um nicht unter die Räder zu kommen.

Es gilt, jeden - auch noch so kleinen - Schritt in diese Richtung aufzugreifen und mit den KollegInnen gemeinsam zu kämpfen. Es gilt, entsprechend den sich allmählich verbessernden objektiven Bedingungen Mittel und Wege zu finden, um ArbeiterInnen und kleinen Angestellten die Notwendigkeit und Möglichkeit des revolutionären Auswegs aus der krisenhaften Entwicklung zu zeigen. Die materielle Basis des Opportunismus und der Arbeiteraristokratie ist sicher noch sehr stark. Der Kapitalexport verstärkt die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland, senkt den Lohnstandard der arbeitenden Menschen und engt damit den inneren Markt ein. Die Monopole sind bestrebt, das Lohnniveau in Richtung geringer entwickelter - z.B. osteuropäischer - kapitalistischer Länder zu drücken, und die Arbeiterklasse ist in wachsendem Maße gezwungen, sich zur Wehr zu setzen.

Es gilt, aufmerksam jede Entwicklung zu beobachten, die dazu genutzt werden kann, Breschen in die Mauer des Imperialismus und Opportunismus zu schlagen. Es gilt, aufmerksam zu untersuchen, welche Teile der Arbeiterklasse am ehesten für eine andauernde und zähe revolutionäre Arbeit gewonnen werden können und wie auf die anderen Teile politisch gewirkt werden kann, um sie nach und nach der geistigen Vorherrschaft des Imperialismus und Opportunismus zu entziehen. Ganz besonderes Augenmerk muß der Arbeiterjugend gelten. Hier ist die Bereitschaft am größten, mit überkommenen Formen und Schemata zu brechen, deren Inhalt die opportunistische Anpassung an die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie ist, doch es gilt, auch mit dem Inhalt dieser Formen zu brechen, und die Jugend wird keine sozialistische Perspektive finden, wenn sie ihr nicht gezeigt wird. Hier ist die Tätigkeit der KommunistInnen in besonderem Maße gefordert.

Wie gesagt: Es gab in den vergangenen Jahrzehnten objektive Bedingungen dafür, daß die sozialistische Bewegung keine reale politische Kraft sein konnte, doch diese Bedingungen beginnen sich zu verändern. In dieser Situation ist besonders wichtig, daß die Kommu-

nistinnen und Kommunisten entsprechend ihren Möglichkeiten an den sich entwickelnden Kämpfen der Arbeiterklasse teilnehmen und bestrebt sind, diesen Kämpfen eine Orientierung zu geben, die die Entwicklung von Klassenbewußtsein maximal fördert. Darüber hinaus ist eine möglichst einfache und allgemeinverständliche sozialistische Propaganda von großer Bedeutung, eine Propaganda, die in einfachster und überzeugendster Weise aus den Tagesproblemen der Klasse und den unlösbaren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft die Notwendigkeit herleitet, daß die arbeitenden Menschen selbst über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen müssen, den sie geschaffen haben.

Von maximaler Einfachheit muß diese Propaganda deshalb sein, weil es gilt, vor allem die unteren Schichten des Proletariats anzusprechen, die aber seitens der Bourgeoisie von einer dem Stand der Produktivkräfte entsprechenden Bildung ferngehalten wurden und werden und denen seitens der schwachen kommunistischen Kräfte in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls kaum Bildungselemente zugeführt werden konnten. Sozialistisch muß diese Propaganda sein, weil die Propagierung der sozialistischen Ziele und Aufgaben des Proletariats eine elementare Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterklasse auf Grundlage ihrer Klasseninteressen wieder in die politische Arena treten kann. Zumindest in einem nennenswerten Teil der Klasse muß sich wieder eine sozialistische Grundorientierung herausbilden. Dies ist eine Voraussetzung dafür, daß die Fortgeschrittensten der Klasse sich zur politischen Partei formieren können. Besondere Bedeutung hat das Gespräch mit kämpferischen, fortschrittlichen Menschen, die es von der Sache des Sozialismus zu überzeugen gilt.

Um zu erstarken und schließlich zu siegen, braucht die Arbeiterbewegung eine revolutionäre Orientierung, braucht sie eine Partei, die den wissenschaftlichen Sozialismus auf die konkreten Probleme des Klassenkampfes anzuwenden versteht. Die kommunistische Partei ist die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung. Der Aufbau der Kommunistischen Partei bedeutet heute vor allem die Arbeit an der Schaffung einer derartigen stabilen Verbindung. Diese Aufgabe ist nicht einfach, aber sie ist der nächste Schritt, der bewältigt werden muß. Zugleich muß bereits sorgfältig beobachtet werden, welche Risse zwischen anderen Schichten der Bevölkerung und dem Finanzkapital sich entwickeln, wie diese Risse vertieft werden können. Besteht erst eine starke revolutionäre Arbeiterpartei, so werden sich die Möglichkeiten, vorerst noch schwankende Menschen bzw. Schichten der Bevölkerung für den Kampf gegen den Imperialismus zu gewinnen, bedeutend verstärken.

Der Imperialismus ist faul und angeschlagen, aber er kann die Menschheit mit sich in den Abgrund reißen, wenn er nicht zerschlagen wird. Doch er wird zerschlagen werden, wenn die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt, wenn die Kommunistinnen und

Kommunisten auf der Höhe der Zeit stehen und der Arbeiterklasse die hierzu erforderliche Orientierung geben.

Der Staat, die Wirtschaft, die ganze Gesellschaft stehen unter der Herrschaft der großen Konzerne. Dieses System nennt man Kapitalismus! Auch eine neue Regierung kann die Risse im Gebälk dieses Systems nur mühsam übertünchen. Angesichts verschärfter internationaler Konkurrenz hat das Kapital nichts mehr zu verschenken, schon gar nicht an die Arbeiterklasse.

Für die arbeitenden Menschen kann es nur einen Weg geben: Selbst für ihre eigenen Interessen eintreten!

Auf das Kapital braucht man keine Rücksicht zu nehmen oder schon im Voraus mögliche Kompromisse anpeilen. Das Kapital denkt an sich selbst genug.

Es gibt ja heute Leute, die sagen, der Sozialismus sei gescheitert, weil das Kapital so wild gegen ihn gekämpft habe. Klar! Das Kapital hat gegen den Sozialismus gekämpft. Wen überrascht das? Das wird doch immer so sein! Oder glaubt irgendjemand, daß das Kapital beim nächsten Anlauf zum Sozialismus brav zuschaut und uns einfach machen läßt? Wenn man also meint, daß der Kampf des Kapitals gegen den Sozialismus die Ursache seines Scheiterns war, dann kann es mit dem Sozialismus nie etwas werden.

Dann muß man resigniert zuhause bleiben und traurig im Sessel hocken und denken: Schade, das war ein schöner Traum, den Karl Marx da vom Sozialismus geträumt hat. Aber wenn das Kapital dagegen kämpft, dann kann man halt nichts machen. Der Kampf des Kapitals gegen den Sozialismus kann nicht die Ursache des Scheiterns des Sozialismus sein. Die Frage ist doch, wie wir selber dazu stehen.

Ob es Illusionen, ob es Abweichungen oder gar eine entartete Führung gibt.

Eine von den Menschen isolierte und entartete Führung zerstörte die Grundlagen des Sozialismus, verwehrt den arbeitenden Menschen jeden Einfluß auf die Staatsgeschäfte. Zunehmend verfälschten diese Führer den Marxismus-Leninismus. Sie verbreiteten Illusionen von friedlicher Koexistenz mit dem Kapital, vom friedlichen Übergang zum Sozialismus. Sie machten immer mehr Geschäfte mit dem Kapital, bis sie sich schließlich selbst am Strick der Kredite, den sie sich um den Hals gelegt hatten, erstickten. Und das Kapital hat, als es endlich soweit war, den Strick gnadenlos zugezogen - das zum Traum der friedlichen Koexistenz. Es ist klar, daß man mit dem Kapitalismus, solange er auf der Erde existiert, zusammenleben, koexistieren muß als sozialistisches Land. Es ist klar, daß ein sozialistisches Land für den Frieden, gegen den Krieg kämpft. Aber es ist ein Verbrechen, Illusionen in den Charakter des Kapitalismus und Imperialismus zu haben. Bezahlt haben diese Illusionen, diese Verfälschungen des Marxismus-Leninismus die arbeitenden Menschen.

Durch diesen Entartungsprozeß stagnierte das System, es wurde morsch und hatte am Ende keinen Rückhalt

mehr im Volk, so daß es schließlich zusammenbrach. Dabei muß unterstrichen werden, daß die entarteten revisionistischen Führer, das, was das Volk mühselig erarbeitet hatte, brav in die Hände des westdeutschen Imperialismus legten. Erinnern wir uns, daß ein Hans Modrow selbst die Treuhandschaft geschaffen hat, um das Volkseigentum zu privatisieren.

Marktwirtschaft ist aber Kapitalismus, bedeutet daß die Arbeitskraft des Menschen eine Ware ist. Kapitalismus heißt Ausbeutung und Massenarbeitslosigkeit. Daß das westdeutsche Kapital dieses von der Modrow-Regierung geschaffene Instrument wiederum gnadenlos benutzt hat, liegt in der Logik des Systems. Wenn später ein Modrow gegen die Folgen dieser seiner Politik wettert, dann ist das unehrlich.

Wir als Kommunisten schätzen die Errungenschaften des Sozialismus in der DDR.

Aber wir werden niemals unseren Frieden mit den Leuten schließen, die den Sozialismus zerstört haben, egal aus welchen Gründen sie das getan haben, ob aus Illusionen oder sonst was oder gar aus Absicht heraus. Das ist für uns nicht wichtig. Wichtig ist für uns, daß sie das Werk zerstört haben, an dem Millionen Menschen mitgearbeitet haben.

Aber die geistigen und materiellen Waffen, die die KPD/ML – KPD in 40 Jahren herstellte, sind da, und da ist die Lehre, neue herzustellen.

KOLLEGIN ! KOLLEGE !

**UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE
KPD/ML !**

**UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN AUFBAU
DEINER ZEITUNG**

ROTER STERN

**SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM
KAPITALISMUS,**

**ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM ARBEITS-
PLATZ,**

**ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT,**

**MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !**

* * * * *

KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !

ROTER STERN

**IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERN**

**EINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !**

Öffentliche Bekanntgabe über den Ausschluß von zwei Personen aus der KPD/ML

Die übrigen Mitglieder der KPD/ML sind zu der einhelligen Meinung gelangt, dass das Verhalten von zwei Mitgliedern nicht den Normen der KPD/ML entspricht. Die beiden vertreten in einer Reihe von Fragen Positionen, die unserer Meinung nach falsch sind. Sie haben das Vertrauen der übrigen Mitglieder und ihre Funktionen mißbraucht, um eine revisionistische Fraktion zu bilden und die Partei zu spalten.

Im Sommer 2008 verübten sie einen Putsch, rissen die KPD/ML-Homepage an sich und verbreiten seitdem dort ihre persönlichen Ansichten. Auf die immer wieder solidarisch geäußerte Kritik der übrigen Parteimitglieder wurde mit Intrigen und Lügen reagiert.

Aufforderungen der Partei, über ihr Verhalten und die Meinungsverschiedenheiten Gespräche zu führen, wurden und werden ignoriert. Die beiden jetzt Ausgeschlossenen wurden rechtzeitig auf die nun beschlossenen Konsequenzen hingewiesen.

Nach dem Statut der KPD/ML endet die Parteimitgliedschaft:

„2. durch Ausschluß.

Wer gegen die Grundsätze der Partei verstößt, ihre Beschlüsse nicht erfüllt, die innerparteiliche Demokratie nicht achtet, seine Mitgliedschaft und die ihm übertragenen Funktionen mißbraucht, wessen Grundhaltung das Ansehen der Partei schädigt, die Parteidisziplin verletzt, ist von der Grundorganisation oder einem höheren Parteiorgan zur Verantwortung zu ziehen...

Der Organisationsaufbau der Partei beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Das heißt: ...3. daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation verbindlich sind und strenge, einheitliche Parteidisziplin zu üben ist und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet. Beschlüsse zur grundlegenden Linienänderung bedürfen der Bestätigung durch einen Parteitag.

Die innerparteiliche Demokratie verbürgt jedem Parteimitglied das Recht, frei und sachlich in den Parteiorganisationen zu allen Fragen der Politik der Partei Stellung zu nehmen.“

Wir weisen darauf hin, dass durch das Statut jedes Parteimitglied dazu verpflichtet wird „in solidarischer Weise zum Nutzen der Partei, sachlich, offen und ehrlich Kritik und Selbstkritik zu üben und gemeinsam dabei mitzuhelfen Schwierigkeiten, Mängel

und Fehler zu überwinden“. Weiterhin heißt es dort, dass das Parteimitglied die Pflicht hat, „die Partei seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechend zu unterstützen, die Einheit der Partei zu stärken und die gefaßten Beschlüsse durchzuführen.“

Wir nennen hier nur schlagwortartig einige Positionen der beiden „nationalistischen Rechtsabweichler“ und Opportunisten (Bezeichnung von ihnen selbst):

* Deutschland ist kein imperialistischer Staat

* In Deutschland gibt es keine Monopole

* „Die Deutschen“ haben das wenigste Nationalgefühl. „Mit dem Klassenbewußtsein dürfte es nicht besser aussehen.“

* Für eine „Festung Europa“: da Ausländer einen negativen Einfluß auf die deutsche Arbeiterklasse ausüben.

* Wahlen in Italien: Die Linken wurden (von den Arbeitern) abgestraft, weil sie zu viele Ausländer ins Land lassen wollten.

* Vorwurf an den „Westen“, dass er in Ruanda und Srebrenica nicht interveniert hat.

* Die russische Militärintervention in Georgien wird begrüßt.

* Am 4. September die rhetorischen Fragen über den Kaukasus: „Man muß sich entscheiden: Ist man für oder gegen Völkermord? Dann muß man die russische Besetzung akzeptieren

Ist man für oder gegen die Zerschlagung Rußlands? Ist man für eine unipolare oder eine multipolare Welt? ein drittes gibt es nicht.“

* Bereits im August die Behauptung: Wir „brauchen den russischen Bär und chinesischen Panda-Bär, ... und persische Löwe.“

Die politisch-ideologische Auseinandersetzung hierüber wurde von ihrer Seite aus in der Form von Intrige, Lüge und Blockade geführt.

Der Ausschluss war eine Maßnahme, um von der Partei weiteren Schaden abzuwenden.

Kommunistische Partei Deutschlands Marxisten-Leninisten

Nachtrag: Auf ihren Ausschluß haben die beiden inzwischen mit einer „Mitteilung“ reagiert, die von Unwahrheiten und Lügen strotzt. Auf die an ihnen geübte Kritik gehen sie mit keinem Wort ein. Zu den von uns oben erhobenen Vorwürfen in Bezug auf Verrat vor allem auf ideologischem Gebiet kommen noch hinzu: Unterschlagung des Parteieigentums (Kasse, Literatur, CDs...)

KPD und KPD/ML verteilen bei Opel Bochum gemeinsam das folgende Flugblatt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei Opel Bochum!

General Motors steht kurz vor der Pleite. Damit ist auch Opel bedroht. In Bochum stehen 5000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Deutschlandweit sind es 25.600 Arbeitsplätze bei Opel und etwa 40.000 weitere bei den Zulieferern.

Deshalb hat Opel in Deutschland vorsorglich eine Bürgschaft der Bundesregierung angefordert. Die Bundesregierung hat im Grundsatz zugestimmt, allerdings unter der Bedingung, dass das Geld in Deutschland bleibt.

Standortsicherung durch Lohnverzicht?

Die Opel-Geschäftsleitung hat bereits gefordert, dass die Belegschaft für den Erhalt des Konzerns Opfer bringen müsse. Das am 9.12.08 durch den Gesamtbetriebsrats-Vorsitzenden und Stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Franz im Konzern verbreitete Eckpunktepapier "Wir übernehmen Verantwortung" verrät in der Hauptsache zweierlei:

1. Ihr sollt durch eigene Einlagen - also durch Lohnverzicht - für viele Jahre in einer Kapitalgesellschaft Opel sanieren und so die Bürgschaft mit Eurem Geld absichern.
2. der Gesamtbetriebsratsvorsitzende hat in Zusammenarbeit mit den Konzernherren diesen unverschämten Zumutungen zugestimmt.

Der Zwangsurlaub bis zum gestrigen Tag war nun der erste Schritt, Euch für die Bewältigung der Kapitalkrise in die Pflicht zu nehmen. Dieser Zwangsurlaub soll im Wesentlichen mit vorhandenen Überstunden verrechnet werden. Hat ein Arbeiter, eine Arbeiterin nicht ausreichend Überstunden, um den Zwangsurlaub auszugleichen, sollen die "Minustage" an Samstagen abgearbeitet werden. Nachtschichtzulagen sollen für die Zwangsurlaubstage wegfallen. Damit wird von Euch verlangt, auf Eure Zuschläge zu verzichten, obwohl der Konzern es ist, der die Bänder abstellt. Ihr sollt Euch mit noch weniger zufrieden geben, damit ein paar Konzernherren Extraprofite einstecken, um besser durch die Krise zu kommen. Allein das ist eine nicht hinnehmbare Unverschämtheit!

Es ist aber zudem noch im Gespräch, dass die tariflich vereinbarte Einmalzahlung von 510 Euro um mehrere Monate verschoben werden soll. Damit würde der ohnehin schon miese Abschluss bei der Metalltarifrunde noch einmal unterlaufen und die Lage für Euch weiter verschlechtert.

Auslagerung der Ausbildung?

Wir erinnern daran, daß Übernahme aller Azubis bei Opel Bochum nach der Lehre stets ein Streitthema war. Noch 2007 erklärte der Opel-Sprecher Frank Klaas bei Opel Rüsselsheim gegenüber einer Fernseh-Reporterin, daß Opel stets über "eigenen Bedarf" hinaus ausgebildet habe und mit der Politik vereinbart worden sei, die Überschüssigen mit der hochqualifizierten Opel-Ausbildung in den Arbeitsmarkt oder in Leiharbeitsfirmen zu entlassen. Das sei doch eine gute Sache.

Fragen wir uns doch: Was ist daran gut und was ist das für eine Politik, die sich auf solche menschenverachtenden Vereinbarungen mit den Konzernherren einlässt?

Und nun will sich die Geschäftsleitung aus der Verantwortung für die Ausbildung ganz herausstellen, indem sie die Ausbildung in die RAG-Ausbildungs-GmbH ausgliedert - sie ist nichts als eine Beschäftigungsgesellschaft für junge Arbeitslose. Die jungen Kolleginnen und Kollegen, die bei Opel ihre Ausbildung machen, mit einer - wenn auch eingeschränkten Chance - in den Betrieb übernommen zu werden, blicken damit in eine noch ungewissere, düstere Zukunft.

Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze!

Mancher mag auf die Idee kommen, dass ein Entgegenkommen gegenüber Opel zum Erhalt des Standortes beitragen könnte. Aber was davon zu halten ist, haben wir hier in Bochum bei Nokia gesehen: Dort haben Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten und Flexibilisierung keinen einzigen Job gerettet! Binnen weniger Monate wurde das Werk dichtgemacht!

Lohnverzicht und Nachgiebigkeit sichern überhaupt keinen Arbeitsplatz! Das Geld, das Opel und GM mehr verdienen, wenn die Belegschaft den Gürtel noch enger schnallt, werden sie in neue Rationalisierungsmaßnahmen stecken, um noch mehr Profit zu machen ihre Konkurrenten auszusteichen und noch mehr Arbeitsplätze überflüssig zu machen!

Wir meinen: Arbeitsplatzabbau oder gar eine Standortschließung könnt Ihr verhindern, Kolleginnen und Kollegen - aber nicht durch euer Entgegenkommen, sondern durch entschlossenen, gemeinsamen Kampf!

Die Wirtschaftskrise, die der Krise bei GM zugrun-

de liegt, ist nicht vom Himmel gefallen und nicht - wie behauptet wird - die Folge "verfehlter Modellpolitik" oder dergleichen. Die Krise liegt in der Natur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die werktätige Bevölkerung in Deutschland, in den anderen EU-Ländern und in den USA sind in den letzten Jahren durch Lohn- und Stellenabbau, durch Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch Inflation u.v.m. derart geschröpft worden, dass sie die Produkte, die in der Industrie hergestellt werden, schlichtweg nicht mehr kaufen können.

Ganze Firmen und Zuliefererbetriebe gehen pleite und werden von größeren Konzernen geschluckt, die die Krise besser verdauen konnten. Die treiben das alte Spiel dann munter weiter: Stellenabbau, Lohnabbau, Verlängerung des Arbeitstages, Intensivierung der Arbeit. Die nächste Krise wird damit vorbereitet. Es geht also überhaupt nicht darum, dass die Beschäftigten zu hohe Forderungen stellen, zu unachgiebig sind und dergleichen!

Bürgschaft des Staates?

Mag nun sein, dass eine Bürgschaft der Bundesregierung kommt. Mag auch sein, dass durch eine solche Bürgschaft der Standort in Bochum zunächst erhalten bleibt. Die Frage ist aber dennoch: Wer bezahlt hier eigentlich für wen? Das Geld für eine solche Bürgschaft kommt aus der Steuerkasse, also aus den Taschen der werktätigen Menschen in Deutschland. Es soll in die Taschen derer fließen, die von uns Werktätigen pausenlos verlangen, "Opfer zu bringen", den Gürtel enger zu schnallen usw. Eine solche Bürgschaft ist also kein Gefallen, den die Regierung den Beschäftigten tut, sondern ein Trick, eine Betrugsnummer! Nehmen wir nun den oben angesprochenen "Vorschlag" einer langfristigen "Kapitalbeteiligung" aus Euren Löhnen hinzu - dann würden die Beschäftigten sogar doppelt für die Krise gerade stehen, die die Kapitalisten zu verantworten haben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei Opel Bochum!

Lasst Euch nicht auf irgendwelche Spielchen dieser Art ein!

Die Antwort auf die Forderungen der Geschäftsleitung nach Opfern durch die Belegschaft kann nur sein: **Wir verzichten auf nichts! Das Kapital soll die Krise bezahlen!**

Konkret bedeutet das:

- **Keine Abstriche beim Lohn! Kein Verzicht auf die 510 Euro! Vollständige Erfüllung des aktuellen IGM-Tarifvertrages!**
- **Kampf um den Erhalt des Arbeitsplatzsicherheitspaktes bis 2010 und seine Verlän-**

gerung um weitere fünf Jahre!

- **Keine Ausgliederung der Ausbildung und Übernahme aller Azubi nach der Lehre!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei Opel Bochum!

Bedenkt, dass dieselben Angriffe auf Löhne und Stellen, die bei Euch bevorstehen, auch die KollegInnen in den anderen Branchen der Metall- und Chemieindustrie und bei den Banken vor sich haben. Denkt nur allein an die Opel-Zulieferer!

Wir werden nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns als ArbeiterInnen branchenübergreifend zusammenschließen und gemeinsam den Angriffen in der Krise trotzen! Also müssen wir schon jetzt beginnen, Kontakte in die anderen Betriebe zu organisieren, sei es über die Gewerkschaft, sei es über Verwandte und FreundInnen in diesen Betrieben!

Viele von uns stellen sich heute, in der Krise, die Frage, wie es überhaupt noch weitergehen soll.

Und das ist auch kein Wunder: Das Leben für die werktätige Bevölkerung wird im Kapitalismus immer unerträglicher. Hunderte Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger und Kriegen aufgrund dieses Systems. Und auch uns in den hochindustrialisierten Ländern geht es immer *schlechter*.

Die Perspektive ist der Sozialismus!

Die Perspektive liegt für uns nur darin, das kapitalistische System zu beseitigen und durch eine bessere Gesellschaftsordnung, durch den Sozialismus, zu ersetzen!

Damit meinen wir nicht den Pseudosozialismus in der DDR eines Ulbricht oder Honecker, wo die Macht in Wahrheit in den Händen einiger Bonzen lag und die Werktätigen eingemauert worden sind. Wir meinen den Sozialismus, in dem sich Staat, Betriebe und Produktionsmittel tatsächlich in den Händen der Arbeiterklasse befinden und wo nicht nach Profit, sondern nach den Bedürfnissen der Gesellschaft produziert wird.

Dass diese Gesellschaft nötig und möglich ist, zeigt der Bankrott des Kapitalismus, der heute an allen Ecken und Enden sichtbar ist!

Kommunistische Partei Deutschlands -
www.kpd-online.info

Kommunistische Partei Deutschlands
(Marxisten-Leninisten) - www.kpd-ml.org
V.i.S.d.P.: W.J. Herzog, PF 900753, 60447
Frankfurt a.M.

<http://www.zusammen-kaempfen.org>

Erklärung zum Anschlag auf das DKP-Zentrum

Matthias Kramer - Koordinierungsrat der DKP in Sachsen Anhalt

Am Abend des 15.11.08 wurden die Scheiben des "Helene-Glatzer-Zentrums" (Die Kommunistin Helene Glatzer wurde im Jahre 1935 durch Gestapo hingerichtet.) der DKP in Halle(Saale) eingeworfen. An die Außenwände wurden Parolen - "Save Israel", "Smash DKP/SDAJ", "Nazis raus" - gesprüht.

Vorausgegangen waren dieser Aktionen Provokationen anlässlich der Bündnisdemonstration "Gegen Geschichtsverfälschung, Faschismus und Sozialabbau" am 8.11.08 in Halle (Saale). Im Vorfeld der Demonstration wurden zum wiederholten Male durch solche Gruppen wie "ag no tears for krauts" oder der "Jugendantifa" Halle die üblichen Falschdarstellungen verbreitet. In "dumpfdeutscher Manier" stilisierten sich die antideutschen Täter wiederum zum Opfer. Die Faktenlage war und bleibt eindeutig.

Die Versuche - Kritiker/innen antideutscher Veranstaltungen in Magdeburg mittels körperlicher Gewalt einzuschüchtern - scheiterten kläglich. Nicht nur das, sie erhielten die gebührende Antwort. Der geistige Horizont solcher Gruppierungen beschränkt sich darauf, die "Eingeborenen der Zone" mit ihren zivilisatorischen Plattitüden beglücken zu müssen. Peinlich das sich solche eine Gruppe wie "No-Lager" in Halle mit solchen Gruppierungen - im Vorfeld der Demonstration - solidarisierte. Erinnert sei daran, das nach Meinung dieser Gruppen Ausländer/innen - das sind nicht nur in der BRD sehr viele Menschen - sich den Normen der westlichen Wertegemeinschaft unter zu ordnen hätten. Wenn sie dazu nicht bereit seien, gilt es diese zu bombardieren, zu töten und zu internieren. "No-Lager" hat sich zu entscheiden, in wie weit ihr Anspruch - eine antirassistische Gruppierung sein zu wollen - noch ernst genommen werden kann. Zu Beginn der Demonstration wurden die Teilnehmer/innen der Demonstration - überwiegend Punks, Anarchisten/innen, Kommunisten/innen mit den Rufen "Nazis raus" durch die antideutschen Gruppierungen empfangen. Teilnehmer/innen unserer Demonstration wurden gefilmt und fotografiert. Wir verhielten uns bewusst defensiv. Uns war bewusst, das diese Herren und Damen, die sich so lautstark hinter ihren Transparenten verbargen, den Text - in dem sie sich wiederum zu Opfern "anti-imperialistischer Gewalt" stilisieren würden, be-

reits geschrieben hatten. Bezeichnend für die Gruppe "ag no tears for krauts" ist, das sie sich nach der Demonstration bei uns bitterlich in einer Mail über unsere Deeskalation beschwerte. Wir wussten auch, das sehr viele Linke - ungeprüft - solch einem Text ihren Glauben schenken würden. Diese Entscheidung - uns defensiv zu verhalten - hat offensichtlich Einige aus dem antideutschen Spektrum zu dem Anschlag ermuntert. Aber wir kennen Euch. Wir kennen jene, die in unseren Strukturen herumschnüffeln - um sie öffentlich zu denunzieren. Wir kennen jene, die die Öde des kläglichen Broterwerbs im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb dadurch aufzuheitern versuchen, dass sie nach Feierabend ostdeutsche Kids mit der Aneinanderreihung postmoderner Schlagwörter zu beeindrucken zu versuchen.

Wir kennen auch jene, die lautstark versteckt hinter ihren Transparenten "Nie wieder Deutschland" brüllen, um sich dann am nächsten Tag als Mitarbeiter gewisser Vereine mit deutschen BKA- und Staatsschutzbullen zu treffen. Die Antwort auf den Anschlag muss eindeutig und für Antideutschen verständlich sein. In Halle als auch allen anderen Städten gilt es endlich "Magdeburger Verhältnisse" zu schaffen. Imperialistische Positionen haben innerhalb der Linken nichts verloren. Genauso wenig, wie mensch sich gegenüber dem Imperialismus nur propagandistisch verhalten kann, genau so wenig reicht es aus "antideutsche" nur propagandistisch zu bekämpfen. Weder in Bündnissen, noch in unseren Strukturen als auch unseren Medien haben "antideutsche" etwas zu suchen.

Es gilt den Imperialismus in all seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen.



<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php/item/924>

Das neue BKA-Gesetz: Immer tiefer in den totalen Überwachungsstaat

(26. November 2008)

Relativ wenig von der Öffentlichkeit und den Medien beachtet, wurde am 12. November das neue BKA-Gesetz im Bundestag verabschiedet. Noch ist es nicht Gesetz, weil auch der Bundesrat noch zustimmen muss, und dabei gibt es Probleme.

Dankenswerter Weise hat sich der Publizist Heribert Prantl in der "Süddeutschen Zeitung" mit dem Thema auseinander gesetzt. Er schreibt: "Der heutige Tag ist ein bemerkenswerter Tag in der deutschen Rechtsgeschichte. Es ist der Tag, an dem die Entmachtung der Staatsanwaltschaft Gesetz wird - und zwar beginnt diese Entmachtung ganz oben, an der Spitze des Strafverfolgungs-Systems: Die Bundesanwaltschaft verliert ihre Sachherrschaft in den Terrorverfahren an das Bundeskriminalamt (BKA). Das BKA-Gesetz, das an diesem Mittwoch im Bundestag beschossen werden soll, führt nämlich dazu, dass in Terrorsachen im Zweifel das Bundeskriminalamt, also die Polizei, das Sagen hat - und damit die diesem vorgesetzte Behörde, das Bundesministerium des Innern."

Also nichts mehr mit der gerühmten "Gewaltenteilung"! Und wieder einmal muss die angebliche Terrorgefahr für den Abbau der bürgerlichen Rechte herhalten.

Prantl weiter: "Nicht mehr der Generalbundesanwalt, sondern Minister Schäuble führt künftig das entscheidende Wort. Denn die Verhütung von Straftaten, die das neue Gesetz dem BKA zuweist, schlägt die Verfolgung von Straftaten, für die die Bundesanwaltschaft zuständig ist."

Praktisch heißt das, so geht aus dem Artikel weiter hervor, dass das Bundeskriminalamt zur Bundes-Superpolizei mit umfassendsten Kompetenzen wird: Das BKA darf zu den heimlichen Ermittlungsmethoden greifen, die bisher vor allem Kennzeichen der Geheimdienste waren - ohne dass es die parlamentarischen Kontrollen gibt, denen diese unterliegen.

Das neue Gesetz (Paragraph 4a des Gesetzes) gestattet dem BKA den Zugriff auf alles, was nach Meinung des Amts nach internationalem Terrorismus riecht. Es gibt aber in diesem Gesetz keine

Definition - weder für nationalen, noch für internationalen Terrorismus.

"Das BKA ist also künftig für fast alles zuständig, für was es zuständig sein will, und es hat fast alle Zugriffs- und Eingriffsmöglichkeiten, die es sich nur wünschen kann: Lauschangriff, Spähangriff, heimliche Computer-Durchsuchung. Die Maßnahmen können auch kumuliert werden, ohne dass das Gesetz für solche Rundum- und Totalüberwachung zusätzliche Voraussetzungen formuliert", fasst der Artikel zusammen.

Im Weiteren wird erklärt, wie mit dem Gesetz die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Lauschangriff umgangen werden. Dies insbesondere in dem Teil, der die Computer-Untersuchung betrifft. "Auf die Durchsuchung muss nur dann komplett verzichtet werden, wenn völlig klar ist, dass "allein" der Kernbereich (der Intimsphäre, S.N.) betroffen wäre. Auf einem Computer gibt es aber nun einmal nicht nur intime Dateien. Computerdurchsuchungen sind daher so gut wie nie unzulässig. Sehenden Auges verletzt der Gesetzgeber den Kernbereich."

Und wer bekommt die Durchsicht der erschnüffelten Daten?

"Bis zuletzt war in der Koalition umstritten, wer die Durchsicht der vom Computer abgegriffenen Dateien vornehmen soll. Ursprünglich sollten das zwei BKA-Beamte machen. In einem Kompromiss wurde geregelt, dass in Zweifelsfällen auch noch der BKA-Datenschützer draufschauen soll. Die Gesetzesmacher glauben offenbar, dass die Intimsphäre umso besser geschützt ist je mehr Menschen darin herumschnüffeln... Die Durchsicht der bei der Online-Durchsuchung gewonnenen Daten hätte allein dem Richter anvertraut werden dürfen."

Prantls Fazit: "Das BKA-Gesetz ist wie eine Büchse der Pandora. Heute wird sie geöffnet."

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Kampf dem Polizei- und Spitzelstaat!

Für demokratische Rechte und Freiheiten!

www.kpd-online.info/rmprint/1099

ROTHER MORGEN

Die Weltwirtschaftskrise 2008

Das Kapital sollen die Krise bezahlen!

Die Perspektive ist der Sozialismus!

(24.11.2008): Deutschland und die Welt erwarten gerade die schwerste Krise der Nachkriegszeit - eine wirtschaftliche und eine politische Krise. Die Bankrottwellen einiger großer Banken und Versicherungen durch das Platzen der (ersten) Spekulationsblase war nur der Anfang. Inzwischen stehen die Produktionsbänder auch der deutschen Automobilindustrie still: Die Marktnachfrage nach Autos wie auch nach anderen Waren ist von den Angriffen des Kapitals - also Hartz IV, Reallohnsenkungen, Rentenreform, Gesundheitsreform, Mehrwertsteuererhöhung, Studiengebühren usw. - selbst erschlagen worden. Noch mehr Arbeitslosigkeit und weitere Angriffe des Kapitals auf die deutsche Arbeiterklasse und auf die unterdrückten Länder stehen bevor. Der deutsche Staat beschenkt das Kapital mit bisher ungekannten Summen.

Die Tatsachen: Überproduktion

Die aktuelle Wirtschaftskrise ist eine Krise der kapitalistischen Überproduktion. Die großen Massen der Bevölkerung, Arbeiter, Arbeitslose, Rentner, kleine Angestellte, sind vom Kapital in den letzten Jahren und Jahrzehnten derart geschröpft worden, dass sie nicht alle hergestellten Waren kaufen können. Große Mengen an Häusern, Autos, Einrichtungsgegenständen, Kleidung usw. können nicht verkauft werden. Deshalb stehen die Fließbänder z.B. bei den Automobilkonzernen still, ihre Zulieferer beginnen ebenfalls bereits mit Stilllegungen der Produktion und Werksferien, Vier-Tage-Woche und verkürzten Arbeitszeiten. Allein bei Daimler sollen 150.000 Beschäftigte vier Wochen lang zu Hause bleiben, für das größte Daimler-Werk in Sindelfingen ist außerdem bereits Jobabbau angekündigt. Der weltweit größte, deutsche Chemiekonzern BASF drosselt die Produktion bedeutend. Die Krise trifft damit bereits mitten ins Mark auch der deutschen Wirtschaft. Die US-Wirtschaft ist besonders schwer betroffen.

Finanzkrise

Die bisherigen Krisenerscheinungen haben dabei seit August 2007 vornehmlich die Börse als Schauplatz gehabt. Dabei spielten die geplatze Spekulation auf dem US-amerikanischen Häusermarkt und der damit zusammenhängende Zusam-

menbruch des Marktes für Kreditausfallversicherungen ("Credit Default Swaps", CDS) die Hauptrolle. Die Verluste belaufen sich weltweit auf mehr als 4000 Milliarden Euro. Besonders schwer betroffen sind die USA als Kernland der Finanzkrise, gefolgt von England und Deutschland. Insgesamt beurteilt die englische Notenbank die Situation so: "Die Instabilität des Finanzsystems ist so groß, wie seit Menschengedenken nicht".

Industriekrise

Diese Wirtschaftskrise tritt dabei in bislang ungekanntem Maße beinahe gleichzeitig in fast allen Ländern der Welt auf. Sie trifft bis jetzt gerade diejenigen kapitalistischen Ökonomien am heftigsten, die am meisten entwickelt sind. Die Krise der Industrie ist allen voran in den USA aber auch in den EU-Kernländern und Japan am weitesten fortgeschritten. Hier liegt der Haupt-Krisenherd. Die US-Industrieproduktion ist im September mit einem Abbau von 2,8% binnen eines Monats so stark geschrumpft wie seit 34 Jahren nicht mehr. Auf ein Jahr fortgerechnet würde das einen Gesamtrückgang von 40% bedeuten. Die britische Industrie geht davon aus, dass sie die Produktion so stark drosseln wird wie zuletzt vor 30 Jahren. Italiens Industrieproduktion ist im vergangenen Jahr um 11% gesunken. Die Zahl der verkauften Autos in der EU fiel allein im September um 9%, was Produktionskürzungen in den Folgemonaten bewirkt. In Deutschland ist die Industrieproduktion zwar im August noch um 3,4 % gestiegen, was sogar einen Rekord markiert. Dabei handelt es sich jedoch um eine typische Erscheinung der Überhitzung vor dem Absturz. Die Geschäftserwartungen der größten deutschen Unternehmen für das nächste Halbjahr sind laut "ifo-Index" im Oktober auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gefallen, der Absturz ist so steil wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Diese Zahlen kündigen eine schwere Krise der Industrieproduktion der imperialistischen Großmächte an.

Gleichzeitig sind auch kleinere Industrieländer besonders schwer betroffen. Der isländische Staat ging nach der "Verstaatlichung" der größten Banken der Insel (alle bankrott) selbst Pleite und wird

nun von anderen Staaten per Kredit am Leben erhalten. Die isländische Gesamtwirtschaft wird im kommenden Jahr voraussichtlich um mindestens 10% schrumpfen. Dänemark ist ebenfalls schwer getroffen und auf Kredite angewiesen. Fast alle wirtschaftlich weniger entwickelten Länder sind auch Opfer der Krise. Gerade diejenigen unter ihnen, die eine hohe Auslandsverschuldung aufweisen oder besonders exportabhängige Industrien haben, werden am härtesten in Mitleidenschaft gezogen. In vielen dieser Länder wird die Folge mehr Hunger und mehr Elend für die Ärmsten der Armen sein. Schon jetzt stehen Pakistan, Ungarn und die Ukraine vor dem Staatsbankrott und werden von den Großmächten mit Krediten gestützt. Auch die aufsteigenden kapitalistischen Großmächte China, Brasilien und Indien, deren Marktnachfrage eine wichtige Säule der Weltwirtschaft darstellt, zeigen erste Krisenerscheinungen. Die extrem exportorientierte chinesische Wirtschaft erlebt bereits Massenpleiten im Konsumgütersektor (Spielzeug, Kleidung).

In dieser Weltwirtschaftskrise schlucken die größeren Kapitalisten die kleineren Kapitalisten und werden ihrerseits von den riesigen Zentralen des Finanzkapitals verschluckt. Dabei sind bereits einige der Zentralen des Finanzkapitals untergegangen oder von ihren Konkurrenten gefressen worden. So z.B. zwei der größten US-Banken, nämlich Bear Stearns im April von der Großbank JP Morgan und Merrill Lynch im September von der Bank of America.

Die Weltwirtschaftskrise bedeutet ebenfalls ein sagenhaftes Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf dem gesamten Globus. Die internationale UN-Arbeitsorganisation (ILO) rechnet in ersten Schätzungen damit, dass diese Krise mindestens 20 Millionen Menschen arbeitslos machen wird. Und dabei liegen die Arbeitslosenzahlen bereits auf historischem Rekordniveau. In Deutschland lebt nach jüngsten offiziellen Angaben der OECD jeder fünfte Mensch in einem Haushalt ohne einen einzigen Erwerbstätigen, das ist "Rekord" in den 30 entwickelten OECD-Staaten.

Die Ursachen: Man tappt im Dunkeln

Angesichts dieser schweren Lage für breite Teile der Weltbevölkerung und der zerstörerischen Kraft der Krise, die sich weltweit gerade erst entfaltet, sucht alle Welt nach den Ursachen der Krise und nach den Mitteln und Wegen, die Krise zu überwinden.

Viele ansonsten besonders großmäulige bürgerliche "Ökonomen" schweigen, andere entwickeln die absurdesten und lächerlichsten Theorien um

die wahren Ursachen zu verwischen. Wieder Andere bleiben bei den Erscheinungen stehen, ohne die Wurzeln der Krise im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu begreifen.

Letzteres Phänomen ist in der deutschen "Linken" besonders populär. Wohin man auch blickt, die Partei Die Linke, die DKP, ATTAC, Gegenstandspunkt: Alle sprechen sie auf die eine oder andere Art davon, die "Finanzkrise" würde sich inzwischen auf die reale Wirtschaft "auswirken", "eine Wirtschaftskrise verursachen" usw., und vergessen dabei, dass die Ursachen für die Finanzkrise vielmehr in der realen Wirtschaft zu suchen sind.

Engels kommentierte diese Sichtweise 1890 in einem Brief an C. Schmidt folgendermaßen:

"Der Geldmarktmensch sieht die Bewegung der Industrie und des Weltmarks eben nur in der umkehrenden Widerspiegelung des Geld- und Effektenmarkts [Aktien- und Anleihemarkts, RM], und da wird für ihn die Wirkung zur Ursache." (MEW Bd.37, S.488)

Die Partei Die Linke, die anderen großen Parteien und auch die Gewerkschaften haben gemeinsam mit beinahe ausnahmslos allen Medien außerdem ein großes Ablenkungsmanöver eingeleitet, dass die Manager der Banken in der Öffentlichkeit als die eigentlich "Schuldigen" darstellen soll. Damit soll das Problem auf die "Gier" oder das "Fehlverhalten" dieser Menschen reduziert werden, die besonders fiese Gestalten sind oder ihre eigenen Geschäfte angeblich zu wenig durchblicken. Damit soll das kapitalistische Wirtschaftssystem auf Kosten von Bauernopfern aus der Schusslinie gebracht werden.

Gleichzeitig fordern viele Stimmen aus Finanzkapital und Regierung eine stärkere gesetzliche Regelung der Geschäfte der Banken und Hedgefonds, die sich in den letzten Jahrzehnten durch immer riskantere Geschäfte und ausufernde Kreditvergabe auf immer dünneres Eis begeben haben. Dadurch wollen sie den Kapitalismus "krisensicher" machen. Wie viele der groß angekündigten Regelungen tatsächlich umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

Klar ist nur, dass kein Gesetz der Welt den Kapitalismus "krisensicher" machen kann.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus

Die Grundlage der Krisen im Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung der Arbeitserzeugnisse. Erscheinungsformen dieses Widerspruchs sind erstens der Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion innerhalb der einzelnen kapitalisti-

schen Konzerne und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft, und zweitens der Widerspruch zwischen dem gewaltigen Wachstum der Produktionsmöglichkeiten des Kapitalismus und der relativen Verringerung der zahlungsfähigen Nachfrage seitens der werktätigen Massen.

Die technisch immer ausgefeilteren Produktionsmittel - und in zunehmendem Maße auch die Lebensmittel der Arbeiter - befinden sich in den Händen des Finanzkapitals, dass mit ihnen aus den werktätigen Massen einen ständigen Maximalprofit herauspressen will. Dazu versucht das Kapital den Lebensstandard der Werktätigen ständig in den Schranken des äußersten Minimums zu halten, was tendenziell zu einem Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage führt. In der kapitalistischen Konkurrenz herrscht der schier unbegrenzte Zwang der immer größeren Rationalisierung der Produktion, der immer rücksichtloseren Ausbeutung der Arbeiter und des immer wahnsinnigeren Ausbaus der Produktionskapazitäten. Demgegenüber stehen die inländischen und ausländischen Absatzmärkte, auf denen letztlich die ausgebeuteten Massen die Hauptkäufer darstellen - und diese Absatzmärkte sind ihrerseits äußerst begrenzt. So entstehen gesetzmäßig die Überproduktionskrisen. Das periodische Auftreten erklärt sich dabei hauptsächlich daraus, dass am Ende einer jeden Krise relativ gleichzeitig die Erneuerung der Produktionsmittel der verschiedenen Kapitalien stattfindet, die Überkapazitäten also relativ gleichzeitig aufgebaut werden.

Umstände, die die heutige Weltwirtschaftskrise verschärfen

Bei der heutigen Krise handelt es sich um eine aufs äußerste verschärfte Überproduktionskrise. Sie ist Ausdruck des verwesenden Imperialismus. Ihre Hauptzentren liegen in den USA, der EU und Japan, die gemeinsam zwei Drittel der gesamten Produktion aller Länder der Welt in ihren Händen konzentrieren. Eine solche Krise muss unter diesen Bedingungen zu einer Anhäufung besonderer Schwierigkeiten für den Weltkapitalismus führen. Die Monopolpreise, die angesichts der weit fortgeschrittenen Konzentration der Kapitale in vielen Marktsektoren vorherrschen, verhindern teilweise ein Absinken der Preise der überproduzierten Waren, vertiefen und verlängern also die Krise.

Der fehlende Aufschwung im letzten Krisenzyklus, d.h. die ausgebliebene Lohnsteigerung und das äußerst geringe Wirtschaftswachstum, schafft besonders ungünstige Bedingungen für eine rasche Erholung und verstärkt somit die Krise.

Das historisch einmalige Wachstum des Kredits

hat dabei den Ausbruch der Krise verschleppt und die Wucht der Überproduktion erhöht. In den imperialistischen Ländern ist heute eine Verschuldung der Arbeiterfamilien mit dem anderthalbfachen Jahreseinkommen völlig normal. Das ist die Folge der Angriffe der kapitalistischen Großkonzerne und der Regierungen in den betreffenden Ländern. In den USA liegt das Einkommen eines dreißigjährigen Durchschnittsarbeiters inzwischen zwölf Prozent unter dem Stand von vor dreißig Jahren. Die Umverteilungspolitik der Bush-Administration und der Irak-Krieg lasten auf den Schultern der US-Arbeiter. In Deutschland haben acht Jahre rot-grüne Regierung und die folgende große Koalition mit "Hartz IV", Einführung der Leiharbeit im Großmaßstab, Gesundheitsreform, Rentenreform, Mehrwertsteuererhöhung, Reallohnsenkungen, Studiengebühren usw. usw. die Kaufkraft der Massen abgewürgt. Das Resultat: Während die Produktivität der deutschen Arbeiter heute anderthalb mal so groß ist, wie vor 20 Jahren, liegen die Nettoreallöhne (das, was man nach Steuern und Inflation von seinem Lohn übrig hat) unter dem damaligen Niveau! So wächst natürlich die Not der Verschuldung durch den Haus- oder Wohnungskauf, den Ratenkauf von Autos und Einrichtungsgegenständen, durch kreditfinanziertes Studium und durch Kredite zur Finanzierung z.B. der Stromrechnung oder der alltäglichen Einkäufe. Der Absatz eines großen Teils der kapitalistischen Weltproduktion findet überhaupt nur noch auf Pump, also mit dem Geld der Arbeiter von morgen statt. Dabei geht also offenbar ein immer größerer Teil der Lebensmittel der Werktätigen in den Besitz der Finanzmonopole und Börsenspekulanten über, die über die Kreditzinsen eine neue, zusätzliche Ausbeutungsquelle gefunden haben.

Marx Wort, dass der Kapitalismus dem Arbeiter "mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand" schlägt, hat eine furchtbare erweiterte Gültigkeit gewonnen:

Auch die Reproduktionsmittel der Arbeiter gehen fortschreitend in das Eigentum des Kapitals über. Kann über die Kreditausweitung der Widerspruch des Kapitalismus dann nicht beseitigt, die zahlungsfähige Nachfrage der Millionenmassen stabilisiert werden? So sah die Illusion vieler Spekulanten immerhin aus. Die scheinbar endlos elastische Ausdehnung des Kredits stößt aber an einem gewissen Punkt an äußerst rigide Grenzen. Auf dem Boden der steigenden Kreditvergabe und damit jahrelang robusten Nachfrage nach Häusern in den USA wurde im Hausbau sehr viel Kapital spe-

kulativ angelegt. Spekulativ, das heißt also in Erwartung des wirklichen Verkaufs in zukünftigen Jahren. Ein Vielfaches des angelegten Geldes wurde außerdem in Wetten auf die erwarteten Gewinne ausgelegt. Dann wurden einige hemmungslos verarmte und überschuldete Familien zahlungsunfähig: Ein paar zu viele. Die Spekulation platzte daraufhin in den USA millionenfach und befindet sich in England und Spanien gerade am Abgrund. Unter dem Verlust aus den derart entwerteten Schuldscheinen und dadurch fälligen Ausfallversicherungen (CDS) brachen zuerst kleine Banken und dann Giganten des Finanzkapitals in einer Kettenreaktion zusammen. Neben den bereits genannten Banken fiel unter anderem der größte Versicherungskonzern der Welt, AIG. Er wurde genau wie die Immobilienkredit-Kolosse "Fannie Mae" und "Freddie Mac" für insgesamt hunderte Milliarden US-Dollar von der Bush-Regierung "verstaatlicht" – der gigantische Verlust wurde also den Lohnsteuerzahlern, den US-Werkträgern selbst aufgebürdet. Die Überschuldung der Werkträgern in den imperialistischen Ländern wird verhindern, dass sich die zahlungsfähige Nachfrage der Massen schnell erholen kann. Die Arbeiterverschuldung hat also das Marktproblem insgesamt nicht gelindert, sondern vertieft.

Resultate der Weltwirtschaftskrise

Die allgemeine Wirkung der Weltwirtschaftskrise ist die Enthüllung und Verschärfung der dem Imperialismus innewohnenden Widersprüche.

Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen sich und werden dadurch zunehmend offener in Erscheinung treten. Der wichtigste davon ist langfristig der Gegensatz zwischen der EU und den USA.

Daneben entwickeln sich die ebenfalls wichtigen Gegensätze zwischen den USA und Russland und den USA und China.

Die EU, Russland und China werden durch die Krise noch stärker dazu gezwungen, den USA Absatzmärkte und Einflussphären mit allen Mitteln zu entreißen.

In Südamerika und Afrika wird der Konflikt der imperialistischen Großmächte besonders deutlich. Während die fortschrittlichen Regierungen Venezuelas und Boliviens den Einfluss des nordamerikanischen Imperialismus beschneiden, gewinnen Russland und China in der Region an Macht.

Russland streckt seine Hände nach Georgien aus und versucht in ganz Zentralasien den US-Einfluss zurückzudrängen. Banken und Investment-Fonds aus China, Russland und den Golfstaaten kaufen zunehmend teils bedeutende Anteile an Großban-

ken in den USA und in den EU-Staaten. Russland versucht die Schwäche des im Kampf gegen die USA strategisch wichtigen Inselstaats Island für seine geopolitischen Interessen auszunutzen und den Staat in finanzielle Abhängigkeit zu bringen. Gleichzeitig droht den USA und ihren Verbündeten im Irak und in Afghanistan eine Niederlage. Die EU tritt dabei zunehmend offensiver gegenüber den USA auf, deren Industrie durch die Krise bereits massiv geschwächt ist und noch weiter geschwächt werden wird.

Den USA Macht und Einfluss zu entreißen ist der Zweck des Bündnisses EU-Russland.

Die Krise wird die Verschiebung der Kräfteverhältnisse beschleunigen.

Schon in den letzten Jahren wurde das Wachstum der Kriegsindustrie der Großmächte beschleunigt, die Vorbereitung neuer Kriege läuft und die Gefahr direkter Kriege zwischen den Großmächten wird durch die Krise vergrößert.

Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten und den unterdrückten Ländern verschärfen sich und treten besonders offen zu Tage. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der von den imperialistischen Großmächten unterdrückten und ausgebeuteten Länder ist im letzten Jahrzehnt bedeutend gewachsen. Die Auslandsschulden dieser Staaten, die sie bei nicht-staatlichen Kapitalisten aufnehmen, haben sich laut Angaben der UNO seit 1990 auf 550 Milliarden Dollar verzehnfacht. Die imperialistischen Länder werden versuchen, so viele Krisenfolgen wie möglich auf die unterdrückten Länder abzuwälzen. Sie nutzen dazu ihre wirtschaftliche, politische und militärische Macht. Jüngstes Beispiel sind die Gesetzesdikate des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Pakistan, Ungarn und die Ukraine annehmen müssen, damit den bankrotten Staaten durch Kredite "geholfen" wird. Bevor auch nur ein Cent IWF-Kredit an diese Staaten fließt, müssen die Parlamente vom IWF befohlene Gesetzesänderungen beschließen. Die USA weiten derweil ihre Aggressionen im Nahen Osten von Afghanistan und Irak schrittweise auch auf Syrien und Pakistan aus, wo in der vergangenen Woche Dörfer unter US-Bombardement genommen wurden. Die Krise wird den Druck auf die abhängigen Länder erhöhen und den antiimperialistischen Kampf der unterdrückten Völker zu einer immer überlebenswichtigeren Notwendigkeit machen und verstärken.

Die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat werden weltweit verschärft und enthüllt. Die Bourgeoisie hat bereits die Staatsmaschinen rund um den Globus in Bewegung gesetzt, um mög-

lichst alle Krisenfolgen auf die werktätigen Massen abzuwälzen. Über "Rettungspakete" wurden in den letzten Wochen mehr als 3000 Milliarden Euro an Krediten, Bürgschaften, Aktienkäufen und direkten Geldschenkungen an das Finanzkapital verschenkt. Alleine H. Paulson, Finanzminister in der Bush-Administration, Ex-Pentagon-Strategie, Ex-Chef des Finanzmonopols Goldman Sachs und selbst Milliardär, hat einen Blankoscheck über 700 Milliarden Dollar Krisensubventionen vom Parlament unterschreiben lassen. Die Hälfte des Geschenks wird laut Berichten der Tageszeitung Financial Times Deutschland (FTD) bereits dieses Jahr direkt als Dividende an die parasitären Aktienbesitzer weitergereicht.

In Deutschland sind es 500 Milliarden Euro Geschenke, Kredite, Bürgschaften und Kapitalstützen, die die Merkel-Regierung in die Hand genommen hat. Dabei soll die Einflussnahme des Staats auf das Kapital über Aktienbesitz auf die Zeit der Krise beschränkt bleiben. Kapitalanteile, die die Regierung erwerben wird, sollen nach einigen Jahren wieder abgestoßen werden. In Deutschland sah sich die Regierung durch die große Empörung in der Bevölkerung und die gärende politische Krise gezwungen, gewisse Auflagen an die Vergabe der Geschenke zu koppeln. Inwiefern allerdings die Beschränkung der Millionengehälter der Manager und – viel entscheidender – die Unterbindung sämtlicher Dividendenflüsse letztlich umgesetzt wird ist äußerst fraglich. Bisher will trotzdem kaum ein Bankmanager freiwillig sein Gehalt riskieren und nimmt eher den drohenden Zusammenbruch "seiner" Bank in Kauf. Als das Gesetz im Bundestag beschlossen wurde, hob die FTD im zweiten Satz ihrer Zusammenfassung hervor: "Ausnahmen [von den Beschränkungen der Gehälter, RM] sind möglich."

Als direkte Ausgabe des Staatshaushalts wurden bisher "nur" 20 Milliarden Euro einkalkuliert. Auch angesichts der bereits abzusehenden Ausgaben durch die 50-Mrd-Euro-Hilfe für den Immobilienriesen Hypo Real Estate und die schon verlorenen 10 Milliarden aus der IKB-Pleite [RM 3/08] wird sich diese Zahl als dreiste Lüge herausstellen. Als die US-Regierung im Rahmen der US-Sparkassenkrise in den 80er Jahren ("S+L-Krise") die Staatshilfen vom Parlament verabschieden ließ, sprach sie öffentlich auch von 20 Milliarden (Dollar). Der tatsächliche Verlust für den Staatshaushalt betrug dann aber in etwa das Zehnfache: 200 Milliarden würden heute bedeuten, dass jeder Lohnsteuerzahler in Deutschland etwa 7000 Euro an Kapitalsubventionen aufzubringen hätte. Das

bedeutet im Durchschnitt für die Familie eines Arbeiters oder kleinen Angestellten, dass ihm mehr als die Hälfte seines verfügbaren Jahreseinkommens – gestreckt auf die nächsten Jahre – geraubt wird. Kapital und Regierung werden durch die Krise dazu gedrängt werden, die Angriffe auf Arbeiter, Arbeitslose, Rentner, Schüler, Studierende und Kranke noch mehr auszuweiten. In Erwartung dieser Entwicklung bauen sie ihre Machtinstrumente aus und schärfen ihre Waffen gegen das Volk: Die Gesetze zur Ausweitung und Festigung des Überwachungsstaats, die Verbindung der Polizei und des Geheimdiensts, die Anwendung des §129 und nicht zuletzt der Einsatz der Bundeswehr im Inneren sind eine Drohung an uns alle.

In der Arbeiterklasse und bei allen werktätigen Menschen wächst durch die Weltwirtschaftskrise das Bewusstsein, dass der Kapitalismus nicht dazu in der Lage ist, die materielle Lage der arbeitenden Massen zu stabilisieren. Das Gegenteil wird für sie greifbar: Das Streben nach maximalen Profiten und die Befriedigung der Bedürfnisse und Launen der parasitären Klassen bestimmen den Gang des Weltwirtschaftssystems und damit letztlich die Lebensbedingungen der Völker. Dadurch werden die Lügen über einen "menschlichen Kapitalismus" und die "soziale Marktwirtschaft" bloßgestellt als das was sie sind: Das letzte Feigenblatt des faulenden Imperialismus.

Diese Zerstörung von Illusionen ist gerade erst in ihren Keimen begriffen, wird aber in den nächsten Jahren deutlich beschleunigt werden. Bei einer Befragung im Oktober gab mehr als die Hälfte der befragten Ostdeutschen an, die "Marktwirtschaft" sei "untauglich" und habe "abgewirtschaftet". 43 Prozent wünschen sich heute ausdrücklich den Sozialismus – und das trotz der abschreckenden Erfahrungen mit dem pseudo-sozialistischen Arbeitergefängnis DDR unter Honecker und Co. Die Zuspitzung der Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird absehbar zu einer politischen Krise führen.

Das Kapital muss die Krise bezahlen!

Auf die Weltwirtschaftskrise können wir Ausgebeuteten nur eine Antwort haben: Das Kapital muss die Krise bezahlen! Es kann nicht sein, dass aus den Steuergeldern von uns Arbeitern, Angestellten, Rentnern, Auszubildenden, Schülern und Studierenden die Profite der Kapitalisten subventioniert werden.

Die Milliarden, die jetzt den Banken in den Rachen geworfen werden, sollen für mehr Krankenhäuser, Rente mit 60 und Arbeitslosengeld ohne Bedürftigkeitsprüfung in Höhe von 80% des

Lohns, kostenloses Studium und Abschaffung von Hartz IV ausgegeben werden!

Dafür könnten wir einfach die Vermögenssteuer wieder einführen und die Kapitalsteuern auf 55% setzen. Deshalb machen wir bei den Arbeitskämpfen mehr Druck und nicht weniger! 10 Euro Mindestlohn netto in allen Branchen für alle Arbeiter ist unsere Forderung angesichts der Krise. Wir treten ein für die Abschaffung der unmenschlichen Hartz-Gesetze und der Rente mit 67! Angesichts der zu erwartenden politischen Krise kämpfen wir gegen jeden Abbau demokratischer Rechte, gegen Überwachungsstaat und Einsatz der Bundeswehr im Inneren! Gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen! Für den Abzug der deutschen Truppen aus dem Ausland!

Außerdem müssen wir natürlich gegen jegliche Form eines "Rettungspakets" oder "Konjunkturpakets" kämpfen! Egal ob nun an Banken oder Automobilkonzernen: Wir bezahlen keinen Cent für das Kapital!

Wie verhalten sich die politischen Kräfte in Deutschland angesichts dieser Entwicklung?

Die korrupte Führung der Gewerkschaft Verdi hat sich durch ihre jüngste Forderung, die Banken sogar zur Annahme der Geschenke zu verpflichten, wieder einmal völlig gegen die Interessen ihrer Mitglieder gestellt. Sie vertritt damit dieselbe Position wie der rechte Bourgeois-Hetzer Hans-Werner Sinn, Kopf des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien rücken in der Krise enger an das Kapital heran.

Als das "Rettungspaket" der Kapitalgeschenke im Bundestag vorgestellt wurde, lautete die erste Kritik der Partei Die Linke, es fehle "ein klares Konzept" dahinter. Aus Wahlrason entschied der Parteivorstand schließlich eine Ablehnung "dieses Rettungskonzepts". Grundsätzlich ist man aber mit Milliarden Geschenken an das Kapital einverstanden!! Die Berliner Linke stimmte dem Paket der Merkelregierung direkt zu. Gleichzeitig fordert Die Linke eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze auf 435 Euro, also gerade mal 10% mehr als ein Inflationsausgleich. Aus den Steuergeldern der werktätigen Massen sollen also mit der einen Hand die wahnsinnigen Krisensubventionen an das Kapital geblecht werden. Dafür werden Steuererhöhungen und weiterer Sozialabbau nötig sein! Mit der anderen Hand werden völlig erbärmliche Erhöhungen der Sozialleistungen geboten, um die Zustimmung von uns arbeitenden Menschen zu den Kapitalgeschenken zu erkaufen und Wähler-

stimmen zu sichern. Abgesehen von Details unterscheidet sich diese Tagespolitik nicht wesentlich von den Positionen von SPD und CDU.

Die DKP stellt zunächst einmal die richtige Tagesforderung auf, "die Reichen" sollten die Krise bezahlen. Das ist nicht schlecht, auch die KPD tritt dafür ein, dass die Werktätigen keinen Cent für die Krise zahlen sollen. Allerdings will die DKP ihre Forderung so verstanden wissen, dass trotzdem "Rettungspakete" und Konjunkturprogramme für das Kapital vom Staat aus bisherigen Steuergeldern bezahlt werden sollen!

Das alles natürlich unter "öffentlicher Kontrolle". Im Nachhinein müsse man über Steuerreformen nachbessern.

Die Frage der sozialistischen Revolution wird weder bei der Linkspartei noch bei der DKP gestellt. "Der Sozialismus steht noch nicht vor der Tür... Die Frage ist nur, welches Mitspracherecht die Regierung haben und nutzen wird" (G.Lötzsch, Wirtschaftssprecherin der Linken am 14.10. im Interview mit der Tageszeitung junge Welt).

An die Stelle der revolutionären marxistischen Forderungen nach der Enteignung der Kapitalisten, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und dem Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft tritt bei der DKP die Vorstellung einer "kontrollierten" Kreditvergabe und der Mitbestimmung von Beschäftigten in den Banken. Die Ausgebeuteten sollen also über ihre eigene Ausbeutung "mitbestimmen".

Wie "kommunistisch"! (Mehr dazu im RM-Artikel "Die DKP-Spitze mit Marx gegen Marx" in dieser Ausgabe)

Der Sozialismus ist die Perspektive! Kapitalismus bietet uns arbeitenden Menschen keine Perspektive. Das begreifen wir gerade angesichts der Drohung des Kapitals, ohne "Rettungspakete" würden zusätzliche Millionen Menschen arbeitslos gemacht. Nur der Sozialismus, in dem die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen gestalten und die kapitalistische Ausbeutung und mit ihr die Krisen ein Ende haben, - nur der Sozialismus bietet uns eine Antwort. Für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft müssen den Kapitalisten ihre Produktionsmittel entrissen werden. Jeder Klassenkompromiss, jede Lüge von der "Versöhnlichkeit" der Interessen von Ausbeutern und Ausgebeuteten muss von uns im entschlossenen Kampf zurückgewiesen werden. Diesen Kampf werden wir auf ökonomischem, politischem und ideologischen Gebiet zu führen haben.

Den folgenden Bericht stellte uns ein Genosse aus Dortmund zur Verfügung. Er sollte eigentlich schon in unserer letzten Ausgabe abgedruckt werden, doch wurde das leider von den georgischen Streubomben und den russischen Panzern verhindert.

Streik des öffentlichen Transportwesens auf Malta

Im zu über 95 % katholischen Malta fand von Montag bis Donnerstag, dem 14. bis 17. Juli, ein Streik des in der Assoziation des öffentlichen Transports (ATP) zusammengeschlossenen öffentlichen Transportwesens statt, an dem sich die Halter und Fahrer der zur ATP gehörenden Busse, Taxis und Kleinbusse sowie der Bestattungsfahrzeuge beteiligten. Auslöser war ein Beschluß der Regierung zur Liberalisierung der Bestattungsfahrdienste entlang den EU-Richtlinien, wodurch sich die Halter und Fahrer der 10 Bestattungsfahrzeuge, die es auf den Inseln Malta und Gozo gibt, in ihrer Existenz bedroht sahen. Sie traten deshalb in den Streik. Aus Solidarität beteiligten sich die Fahrer von Bussen, Taxis und Kleinbussen der ATP, zumal sie ähnliche Maßnahmen auch für ihren Bereich befürchteten.

Streikaktionen

Am ersten Tag fuhren die orangefarbenen Busse, weißen Taxis und roten Kleinbusse der ATP sowie die schwarzen Bestattungsimousinen in langen Reihen laut hupend durch die Hauptverkehrsstraßen von Sliema, St. Julia und anderen von Touristen frequentierten Ortschaften, es kam zu zahlreichen Verkehrsstaus, insbesondere auch in Floriana, dem Nadelöhr zur Hauptstadt La Valetta, sowie auf den Zufahrtswegen zum Internationalen Flughafen von Malta (MIA). Wo wir (mein Freund und ich) den Demonstrationsscharen begegneten, bekundeten wir ihnen unsere Sympathie durch V-Zeichen.

Tumultartige Szenen spielten sich laut maltesischen Zeitungen auf der Treppe zum Hauptportal der Auberge de Castille et Léon, dem Amtssitz des Ministerpräsidenten Gonzi (Nationalistische Partei, christdemokratisch) ab, als eine große Zahl von Busfahrern die etwa 300 Meter davor postierte Polizeikette durchbrochen hatte, um den Ministerpräsidenten zur Rede zu stellen. Doch das Portal blieb verschlossen, Herr Gonzi glänzte durch Abwesenheit, was zu an ihn gerichteten, teilweise wüsten Beschimpfungen führte. Die Fahrer waren wütend und ließen sich auch von derinzwischen verstärkten Polizei längere Zeit nicht wegdrängen, wobei es zu Handgreiflichkeiten kam, die in den Medien tags darauf entsprechend aufgebauscht wurden.

Privatfahrzeuge und -busse, deren Fahrer versuchten, anstelle der ATP die Personenbeförderung zu übernehmen, wurden insbesondere auf den Wegen vom und zum MIA von orangefarbenen Bussen umringt und gestoppt, den Fahrern Schläge angedroht, wenn sie z.B. versuchten, sich gewaltsam einen Weg zu bahnen. An verschiedenen Stellen wurden sie gezwungen, den Fahrzeugschlüssel abzugeben, während ihr eigenes Fahrzeug die Fahrbahn versperrte.

Auch der Fahrbetrieb über Wasser, den die Regierung verstärkt heranzog, wurde am zweiten Tag teilweise zum Erliegen gebracht, indem z. B. in La Valetta Busfahrer in größerer Zahl noch vor den Touristen die Fähren

bestiegen, um "als normale Fahrgäste nach Sliema zu fahren und dort Kaffee zu trinken". Sie forderten die Polizisten, die sie abzudrängen versuchten, auf, dies zu unterlassen und stattdessen mitzukommen. Andere Fähren legten daraufhin erst gar nicht an der Mole an.

Während der Streiktage fanden sich die Busfahrer zu Hunderten auf dem zentralen Busbahnhof in La Valetta ein, der noch nie so vollgestopft mit Bussen war. Offenbar wurde darauf geachtet, daß auch alle Streikteilnehmer erschienen, und von hier aus wurden vermutlich die Aktionen (Demonstrationen, Blockaden, Kontrollfahrten usw.) geplant und die Leute dafür eingeteilt. Die meiste Zeit bestand für sie wohl darin, dort auszuharren. Müllabfuhr und Ambulanzfahrzeugdienst wurden nicht behindert, für sie wurden bestimmte Wege freigehalten.

Vom Streik besonders betroffen waren neben dem allgemeinen und dem Berufsverkehr die Tourismus-Branche - vom und zum MIA waren viele Touristen mit Koffern zu Fuß unterwegs - und die zahlreichen Sprachschulen für Englisch, deren Schüler in Nachbarorten untergebracht waren und von dort nicht abgeholt werden konnten. (Tausende Jugendliche insbesondere aus Italien, aber auch aus Spanien, Frankreich, Deutschland, Rußland oder Kasachstan, die ihre Ferien auf Malta zubrachten, um an einer der English Language Academies vor allem in Sliema in 2-3wöchigen Kursen ihre Sprachkenntnisse zu erweitern, zogen in größeren Trupps bisspär in den frühen Morgen geräuschvoll durch die Straßen und stellten ihre Begleitpersonen - vielfach im gleichen Alter - oft auf harte Proben. Besichtigungsfahrten mit ihnen konnten nicht organisiert werden. Der Schulbetrieb für die maltesischen Schüler - die keine Ferien hatten - wurde jedoch durch die blauen Busse des Erziehungsministeriums gewährleistet.) Eine von den Medien befürchtete Beeinträchtigung der internationalen katholischen Sportwettkämpfe auf Malta blieb wohl aus, zumindest war davon nach dem ersten Streiktag keine Rede mehr. Während der ersten 3 Streiktage konnten über 30 Verstorbene trotz der starken Hitze von über 30° C nicht bestattet werden. (Bei einer Bevölkerung von über 400.000 beträgt die tägliche Sterbeziffer etwa 7 bis 8 Personen.)

Allgemeine Gegenmaßnahmen der Regierung

Als Gegenmaßnahme wurden neben Versuchen, private Beförderungsdienste und den Fahrbetrieb heranzuziehen, an bestimmten neuralgischen Punkten zahlreiche Polizisten postiert, die ebenfalls in der glühenden Hitze aushalten mußten. Es gab den Medien zufolge unter ihnen viele Klagen über mangelhafte Versorgung vor allem mit Flüssigkeit. Die Zeitungen taten die Klagen als beschämend für die Moral der Polizei und für ganz Malta ab. Die Rede war sogar davon, notfalls Militär für die Personenbeförderung einzusetzen. Soldaten, die das versuchten, sollen von den Streikenden auch angegriffen worden sein.



Erfolgreiche Schachzüge der Regierung

Auf politischer Ebene wurde um die Zustimmung der Opposition (Malta Labour Party) zur Liberalisierungspolitik der Regierung gerungen und diese auch erreicht.

Der Verkehrsminister, Dr. Gatt, hatte den Streik von vornherein für schädlich für das Land und als unmoralisch erklärt; die Polizei nahm gezielt mehrere Busfahrer - wenn diese außerhalb des Schutzbereichs der Streikenden ergriffen werden konnten (etwa zu Hause) - als "Rädelführer" fest und diese wurden in Schnellverfahren zu Beugehaft gegen Kautions (die einige nicht bezahlen konnten) verurteilt und so "aus dem Verkehr gezogen". Das trug zunächst ebenso zur Verhärtung der Fronten bei wie die Androhung der Streichung von Subventionen für die Businhaber (Gesamtbetrag 60.000 € pro Tag für die rund 500 Busse der ATP).

Die Bestattungsfahrzeugeignen wurden als erste aus der Streikfront herausgebrochen, als die Regierung ihnen gegenüber ihre Taktik geändert und Dr. Gatt ihnen eine Anpassungsbeihilfe von zusammen rund 230.000 € angeboten hatte, was in den Medien allerdings Unmut hervorrief. Sie wurden für ihren Streik auch noch aus der Staatskasse zu Lasten der Steuerzahler belohnt. Ein am Vortag gemachtes Angebot von 60.000 € hatten sie noch empört abgelehnt. Da der Streik der ATP vor allem aus Solidarität zu den Bestattungswagenhaltern und -fahrern ausgelöst worden war, ging es nur noch darum, daß die Regierung den ATP-Fahrern entgegenkam. (Auf eine von mir an eine Gruppe von streikenden Busfahrern am zentralen Busbahnhof gerichtete Frage nach den Zielen des Streiks antwortete einer von ihnen, es gehe nur noch darum, eine Antwort der Regierung abzuwarten, daß alles beim alten bleibe. Flugblätter waren während des Streiks nicht verteilt worden. Fahrer reagierten auf entsprechende Fragen erstaunt.)

Am Freitag fuhren alle Busse, Taxis und Kleinbusse wieder. Einige der in den Schnellverfahren Verurteilten kamen auf freien Fuß. In den Zeitungen, in denen die Streikenden zuvor nur als Rowdys und Cowboys beschimpft worden waren, konnte man an den Folgetagen auch Worte des Verständnisses für die schwierige Lage vieler Fahrer der ATP lesen, die teilweise bis zu 16 Stunden am Tag arbeiten müssen, um existieren zu können. (Der Fahrer eines Busses, in dem ich am späten Nachmittag von Bormia über Marsa nach La Valletta fuhr, sagte, er habe seine Schicht um 6 Uhr früh begonnen und werde sie gegen 20

Uhr beenden - eine Stunde Pause inbegriffen.)

Einige Hintergründe

Auch wenn die maltesische Verfassung von 1964 (aus der Zeit des Labour-Ministerpräsidenten Dom Mintoff, der sich als Sozialist verstand und unter dem Malta seine Unabhängigkeit von Großbritannien errang) ausdrücklich ein Recht auf Arbeit für alle sowie die volle Gleichberechtigung der Frau garantiert, ist die Beschäftigungsquote (Anzahl der Beschäftigten im Verhältnis zu den erwerbsfähigen Personen insgesamt knapp 60 %, bei Frauen unter 40 %) heute die niedrigste in der EU, was dazu beiträgt, dass jeder noch so beschwerliche Arbeitsplatz von dem, der ihn innehat, mit Klauen und Zähnen verteidigt wird.

Das Programm der Liberalisierung - Schaffung eines "freien Marktes" anstelle des in den englischsprachigen Zeitungen (The Malta Times, Malta Today, The Malta Independent) als Monopol, das es zu zerschlagen gelte, bezeichneten öffentlichen Transportpools von Ein- und Mehrfachbesitzern von Bussen, Taxis und Kleinbussen - wird vielleicht langsamer vonstatten gehen. Es dürfte in erster Linie den Mehrfachhaltern von Fahrzeugen zu gute kommen, die teilweise innerhalb und außerhalb der ATP Fahrzeuge mit ihrer eigenen Firmenbezeichnung fahren lassen. (So z.B. eine Firma "Supreme", deren Nicht-ATP-Busse während des Streiks Personen befördert haben, was bei der Mehrheit der Ein-Bus-Halter sicher ein Anlass zu Unmut war, da es quasi einem Streikbruch gleichkam. Solche Firmen dürften vom Streik direkt profitiert haben.) Bei der Polizei hatte der Streik auch die Auswirkung, dass sich ungewöhnlich viele Polizisten (etwa 100) plötzlich krankschreiben ließen, ein Umstand, den der Innenminister nach Beendigung des Streiks der Hitze zuschrieb, um so weitere Erörterungen über eventuelle Disziplinarstrafen abzublocken. (Es dürfte in den Reihen Streikenden und der Polizei sicher viele verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen geben.) Die Verbände der Tourismusbranche und der Englisch-Akademien meldeten gerichtlich Schadensersatzforderungen gegen die für den Streik Verantwortlichen an, vor allem gegen "Herrn Spiteri", den Vorsitzenden der zur Vorbereitung des Streiks gegründeten Transport-Föderation und zugleich ATP-Vorsitzenden. In den Medien wurde ihm vorgeworfen, nicht seinerseits als Chef der ATP für eine Notbeförderung während des Streiks gesorgt zu haben. (Die Geschäftswelt bewertete den Schaden, den sie durch den Streik erlitten hat, mit täglich rund 1 Million €, abgesehen von dem Imageverlust für Malta.)

Die Zeitungen standen nach dem Streik voll von Artikeln, in denen mehr oder weniger offen eine "Reform" des öffentlichen Transportwesens unter Einbeziehung der Fahrdienste gefordert wurde - angeblich im Interesse der Touristen. Unter anderem soll eine britische Technikkommision die Möglichkeiten von Straßenbahnstrecken erkunden. Malta müsse endlich Europa-Reife erlangen.

Die von der ATP sehr preisgünstig und ganztägig in vergleichsweise kurzen Zeitabständen angebotene Beförderung durchs ganze Land - z.B. für 0,47 € eine Busfahrt im Leyland-Bus von Sliema nach La Valletta etwa alle 10 Minuten - dürfte bald nur noch eine romantische Reminiszenz von Nostalgikern sein.

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede Einzel-DC kostet 5 €, jede Doppel-DC 8 €, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

- * Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin
Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:
 - * Waltraud Aust: Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin
 - * Herbert Polifka: Wie die DDR zur BRD kam
Albanische Hefte 1/2004
 - ☛ **NEU:** Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)
 - ☛ **NEU:** Zionismus - Todfeind der Völker
 - ☛ **NEU:** Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution
 - ☛ **NEU:** Kampf für die Befreiung der Frau
- Bestellungen bitte an:
H. Polifka, Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg
Bankverbindung: Commerzbank Mari, K-Nr.:
613145200 BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO
(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin
(als Broschüre 3 €)

Neuerscheinung 2005: (nur noch wenige Exemplare)

Herbert Polifka: Die unbekannte Opposition in der DDR (159 Seiten)
Preis: 18 €



☛ **Neu:** 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: 4 €

Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus wiedergegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften. Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren. Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

„Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum erstenmal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.“ (W.I. Lenin)

DER ANTIIMPERIALISTISCHE KAMPF DER ARABISCHEN VÖLKER IST GERECHT UND MUSS UNTERSTÜTZT WERDEN

Israel stellt einen angeblich unabhängigen Staat dar, der aber in Wirklichkeit eine gefährliche Brutstätte des Imperialismus ist.

Dauernd hat Israel die arabischen Länder herausgefordert, dauernd beschwört es bewaffnete Grenzzwischenfälle herauf und trachtet nach Ausdehnung und Vorherrschaft. Es riecht nach Erdöl und Schießpulver. Der Provokateur Israel braust auf und unternimmt Kriegshandlungen, sooft die Interessen der imperialistischen Monopole in dieser Region angetastet werden. In den Versuchen der großen Monopole, die Reichtümer der arabischen Nahostländer und vor allem der Ölländer an sich zu reißen, beruht der Kern des Konfliktes zwischen den imperialistischen Mächten und den arabischen Ländern und Völkern.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Volksaufstände mit islamischer Inspiration. Wir Marxisten-Leninisten sagen nach wie vor, dass Religion Opium für das Volk ist. Unseren Standpunkt in dieser Frage ändern wir auf keinen Fall. Auch der Islam unterscheidet sich von seinem Inhalt her nicht von anderen Religionen.

Die breiten Massen der islamischen Völker in den verschiedenen Ländern zogen und ziehen in den Kampf, doch nicht für die Religion, sondern für nationale und soziale Befreiung. Der religiöse Glaube ist relativ und steht nicht über der Politik. Die Menschen dieser Länder glauben an den Islam und respektieren ihn, doch wenn die lebenswichtigen Interessen des Volkes, wenn die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes angetastet werden, erheben sie sich zum Kampf gegen den Aggressor, selbst wenn er die gleiche Religion hat wie sie. Nicht die religiöse Inspiration ist es, die die Revolten und das revolutionäre Erwachen der Völker verursacht; die politisch-gesellschaftlichen Bedingungen sind es, imperialistische Unterdrückung und Ausplünderung sind es; die Armut und das Leiden sind es, die auf ihnen lasten.

Heute existieren oder entstehen in vielen Ländern revolutionäre Situationen, doch nicht überall steht die sozialistische Revolution als unmittelbare Aufgabe an. In der Welt entwickeln sich auch andere Bewegungen mit



demokratischem und anti-imperialistischem Charakter, mit Befreiungscharakter. Alle diese Bewegungen sind Bestandteil des weltweiten revolutionären Prozesses, sind gerechte Kämpfe, die die imperialistische Front schwächen und zur Beschleunigung der revolutionären Prozesse beitragen, die das kapitalistische System treffen und weiter verfaulen lassen.

sen.

Deshalb müssen die Arbeiterklasse als fortschrittlichste Klasse in jedem Land und ihre kommunistische Partei diese Kämpfe unterstützen, ihnen aktiv beistehen und sich an ihre Spitze stellen. Auch dann, wenn sie am Anfang ihre führenden Positionen noch nicht im vollen Umfang realisiert haben, müssen sie erneut und an der vordersten Front des Kampfes und der Opfer stehen, weil sie nur auf diese Weise an die Spitze der Bewegung gelangen und die Ziele der Bewegung sichern können, weil sie nur auf diese Weise darauf hinwirken können, dass die demokratische und anti-imperialistische Volksrevolution in die sozialistische Revolution hinüberwächst.

Der jüngste Krieg gegen die Bevölkerung im Gazastreifen ist ein von langer Hand vorbereiteter Angriff, der nicht etwa eine spontane Reaktion auf die Raketen der Hamas ist. 2006 wurde der Libanonkrieg mit der Begründung von 2 gefangenen Israel-Soldaten geführt. Und der US-Imperialismus überfiel den Irak mit der Begründung, dort seien Massenvernichtungswaffen vorhanden.

Die Palästinenser, die sich gegen die Angriffe der Zionisten wehren, schießen Raketen auf palästinensisches Gebiet. Die Zionisten sind Besatzungsmacht in großen Teilen Palästinas.

Der Zeitpunkt ist genau kalkuliert

Die Politik der letzten Jahre hat nie eine ernsthafte Bereitschaft der Zionisten in Israel für einen wirklichen Friedenswillen erkennen lassen. Die Forderungen der israelischen Friedensbewegung verhallen ungehört. Diese Politik hat jetzt erneut zu einem Massaker unter der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen ge-

führt. Sie ist durch kein Recht auf Selbstverteidigung oder Notwehr legitimiert, wie behauptet wird (Merkel). Das sind eindeutige Kriegsverbrechen!

Der Gazastreifen ist mit 365 km² kaum halb so groß wie Hamburg und hat aber mit 1,5 Millionen Menschen fast so viele Einwohner wie Hamburg. Er ist das dichtestbesiedelte Land der Welt. Der Vorwurf der israelischen Armee, die Hamas-Kämpfer würden sich hinter den Zivilisten verstecken und diese als Schilde missbrauchen, ist angesichts der Bevölkerungsdichte und der Unmöglichkeit, sich durch Flucht den Angriffen zu entziehen, nur zynisch.

Recht der Besetzten auf Widerstand, kein Recht der Besatzer auf Verteidigung

Wie jedes Volk unter rechtswidriger Besatzung haben auch die Palästinenser ein Recht auf Widerstand. Für eine rechtswidrige Besatzung gibt es aber kein Recht auf Verteidigung des Unrechts, sondern nur die Verpflichtung, die Besatzung vollständig aufzuheben. Während der letzten sieben Jahre sind 14 Israelis zumeist durch vom Gazastreifen aus abgefeuerten Raketen getötet worden. In der gleichen Zeit wurden mehr als 5000 Palästinenser mit Waffen getötet, die auch aus den modernsten Arsenalen der US-Armee stammen. Und während keine Raketen vom Westjordanland aus abgeschossen wurden, starben dort allein 2008 45 Palästinenser von israelischer Hand. Das ist die Realität der Besatzung, in der jede Art von Waffenstillstand nur dann einen Sinn hat, wenn die Besatzung selbst verschwindet.

Deutschland und die EU mitverantwortlich

Wer hingegen eine Politik der Strangulierung und Entwürdigung verfolgt, darf sich nicht wundern, wenn aus der Verzweiflung und Ohnmacht der Opfer Terrorakte entstehen, die die israelische Bevölkerung in der Nachbarschaft des Gazastreifens treffen. Hamas hat das Ruhen der Waffen angeboten. Die israelische Führung ist jedoch dazu nicht bereit.

Moralische Entrüstung und die Verurteilung Israels reichen als Antwort auf die Gräueltaten in Gaza nicht aus. **Was vor allem gebraucht wird, ist eine politische Perspektive.**

Viele der jetzt Angegriffenen sind die Kinder von Flüchtlingen, die in dem Expansionskrieg Israels von 1967 gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben wurden. Damals wie heute wurde das Schicksal der Palästinenser von den bürgerlichen und revisionistischen Regierungen (z.B. Sowjetunion) der Welt weitgehend ignoriert. Auch die bürgerlich-nationalistischen Regimes der arabischen Länder, die angeblich in ihrem Namen sprachen, haben sie verraten.

Niemand hat größeren Nutzen aus dem Nationalismus und Islamismus in den arabischen Ländern gezogen als das zionistische Regime selbst. Es gibt keinen nationalistischen Weg aus diesem Morast.

Die Schaffung eines weiteren Miniatur-Nationalstaats in der Region ist keine Lösung für die Jahrzehnte lange Vertreibung der Palästinenser. Die Zerstückelung der

Westbank und Gazas durch israelische Siedlungen, Sicherheitsstraßen, Kontrollpunkte und Mauern würde ein solches Territorium zu einem Bantustan ähnlichem Gefängnis machen. Eine palästinensische Regierung wäre nicht mehr als der Wächter dieses Gefängnisses.

Diese wahnsinnige Perspektive ist, genau wie der Angriff auf Gaza, Ausdruck des politischen Bankrotts und der Krise des Zionismus. Der israelische Staat und seine wichtigsten Parteien stehen unter der Fuchtel einer militärischen Kamarilla. Während die Regierung versucht, sich durch das ständige Schüren von Furcht und Chauvinismus an der Macht zu halten, wenden sich viele Israelis mit Abscheu von der Gewalt ab und sind der Überzeugung, dass sie nur zu neuen Katastrophen führen kann. Letztlich ist der aggressive Militarismus des israelischen Staates nicht nur Ausdruck der zionistischen Ideologie, sondern der tiefen sozialen, politischen und Klassenspaltungen der israelischen Gesellschaft. Israel ist von scharfer sozialer Ungleichheit geprägt.

Ein wirklicher Kampf gegen den Zionismus kann nur auf der Basis des Klassenkampfes geführt werden, der arabische und jüdische Arbeiter auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Klasseninteressen vereint. Außerhalb einer Klassenperspektive, die arabische und israelische Arbeiter unabhängig und gemeinsam zu mobilisieren sucht, gibt es kein wirkliches Mittel, dem Zionismus und dem Imperialismus im Nahen Osten den Todesstoß zu versetzen.

Die Demonstrationen, die von Kairo bis Bagdad zur Unterstützung von Gaza stattgefunden haben, waren nicht nur gegen Israel gerichtet, sondern auch gegen die verkommenen arabischen Regimes, die Israels verlässlichste Bündnispartner sind. Diese breite Bewegung ist nicht nur eine Reaktion auf die jüngsten Ereignisse, sondern Teil einer wachsenden Radikalisierung der Arbeiterklasse im Nahen Osten und in Europa, Amerika und darüber hinaus. Sie wird von der Krise des Weltkapitalismus angetrieben.

Bei allem Heroismus der Palästinenser geht die größte Bedrohung für das zionistische Regime von der Verschärfung des Klassenkampfes und der Aussicht auf die sozialistische Revolution in Ägypten, den anderen arabischen Staaten und in Israel selbst aus. Die Palästinafrage ist untrennbar mit dem Schicksal der proletarischen Revolution im Nahen Osten verknüpft.

● **Unverzügliche Einstellung der israelischen Militäroffensive!**

● **Bedingungslose Aufhebung der Blockade des Gazastreifens!**

● **Aufkündigung der Kooperationsabkommen der EU mit Israel!**

● **Schluss mit jeder Art von Unterstützung Israels durch die Bundesregierung!**

● **Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!**